LAZIK N2030

LösungsAnsätze Zielkonflikte für Nachhaltige Entwicklung 2030

Ein „Kommunen Innovativ“ Forschungsvorhaben des BMBF

in der Stadt Sandersdorf-Brehna (Sachsen-Anhalt)
und der Samtgemeinde Barnstorf (Niedersachsen)
in Zusammenarbeit mit der Leibniz-Universität Hannover
und der Universität Greifswald
mit Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft „mensch und region“
und Consultants Sell-Greiser (Niedersachsen)

GEFÖRDERT VOM

Bundesministerium für Bildung und Forschung

FONA Ressource Land BMBF

Kommunen Innovativ

ptj Projektträger Jülich Forschungszentrum Jülich

Bildnachweise:
@pixabay
@Stadt Sandersdorf-Brehna
@LAZIK N2030
@C.Meyer
@“mensch und region“

LAZIK N2030

Das Forschungsvorhaben	S. 3 - 11
Wesentliche Schritte	S.12 - 14
Zentrale Ergebnisse	S.15 - 17
Konkrete Lösungsansätze	S.18 - 26
Relevante Nebeneffekte	S.27 - 30
Erkenntnisse/Empfehlungen	S.31 - 36
Auf den Punkt gebracht	S.37 - 69

LAZIK N2030

Ziele des Forschungsvorhabens

Das Forschungsvorhaben LAZIK N2030 beschäftigte sich mit der Bearbeitung von dillematischen Situationen auf kommunaler Ebene. Der Verbund wollte:

- die Entscheider*innen, Einwohner*innen und junge Menschen auf Zielkonflikte der Nachhaltigkeit aufmerksam machen und Handlungswege entwickeln
- Lösungsansätze anhand ausgewählter Zielkonflikte der Nachhaltigkeit beispielhaft erarbeiten
- einen schulischen Think Tank (Denkfabrik) aufbauen
- übertragbare Methoden für andere Anwender*innen in einer Toolbox zur Verfügung stellen

LAZIK N2030

Die Herausforderungen

Dies war eher problematisch für unsere Zielerreichung:

- zu geringe Kenntnisse in Kommunen über Nachhaltigkeit, SDGs und den Umgang mit Zielkonflikten
- die Komplexität der Zielkonflikte der Nachhaltigkeit
- die Vielzahl an Perspektiven und Einzelinteressen
- bisher gibt es wenige bis keine Beispiele für Lösungsstrategien
- die Beteiligung verschiedener hierarchischer Ebenen am Zielkonflikt und damit auch Lösungsansätze auf verschiedenen Ebenen
- bisher keine Verbindung von Schule und Kommunalverwaltung- und Politik in Kommunen

LAZIK N2030

So wirkt nachhaltige Entwicklung in Kommunen

Die Covid 19 Pandemie hat es gezeigt:

Wir leben nicht unbeeinflusst von Ereignissen in anderen Teilen der Erde. Ganz plötzlich müssen wir alle auf eine Herausforderung, die von außen und nicht erwünscht in unser Leben dringt, reagieren.

Wir müssen schnell sein, müssen Masken organisieren, den Workflow ändern, Abläufe in Kindergärten und Schulen ändern, müssen Menschen schützen vor dem Virus. Im gleichen Moment, in dem wir das HEUTE bearbeiten, müssen wir das MORGEN und das ÜBERMORGEN im Blick haben.

Kann ich als Kommune die örtliche Gastronomie beim Überleben unterstützen, indem ich Zelt und Heizstrahler anschaffe für einen „Wintermarkt der Delikatessen“ ? Kann ich vorhandene Netzwerke zu Unternehmen nutzen, um für die Gastronomen zu versuchen, das Weihnachtsessen der Mitarbeiter diesmal „to go“ ordern zu lassen? Was muss ich als Kommune tun, um Gremienarbeit komplett zu digitalisieren? Und wie dezentral und digital können Verwaltungsdienstleistungen gesichert werden?

Bei allen diesen Fragen sind wir eigentlich schon drin in der Diskussion, wie nachhaltige Entwicklung in Kommunen ermöglicht werden kann.
Jede Entscheidung muss auf ihre kurz-, mittel- und langfristigen Folgen geprüft werden. Der Umgang mit COVID19 ist dabei nur eines von vielen Themen.

Nachhaltigkeit in allen Dimensionen, wird immer stärker zur Bedingung der Gewährung von Fördermitteln, ist kein kurzlebiger Trend. Es sind dabei zukunftsweisende Konzepte gefragt, die auch unseren Kindern und Kindeskindern keinen Schaden zufügen.

Dimensionen und Ziele nachhaltiger Entwicklung

Nur durch das gleichzeitige und gleichberechtigte Umsetzen von umweltbezogenen, wirtschaftlichen, kulturellen, politischen, sozialen und menschlichen Zielen kann nachhaltige Entwicklung erreicht werden.
Auf diese Weise kann die Zukunft von Gesellschaften sichergestellt werden.

Abb.1.: Dimensionen und Ziele der nachhaltigen Entwicklung (Entwurf C.Meyer)

Die Dimensionen und Ziele nachhaltiger Entwicklung (siehe Abb. 1) geben eine Orientierung, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um unseren Heimatplaneten zu erhalten.

LAZIK N2030

Umsetzungsstrategien

Um die 17 Ziele der nachhaltigen Entwicklung der Vereinten Nationen zu verwirklichen, müssen wir umfassende und tief greifende gesellschaftliche Veränderungen anstoßen und umsetzen.
Die 17 Ziele und 269 Unterziele sind in den Nachhaltigkeitsstrategien des Bundes und der Länder in einzelne Handlungsfelder übersetzt worden.

Bildung spielt in diesem Prozess eine Schlüsselrolle

Bildung …

- ermöglicht ein fundiertes Verständnis der Herausforderungen
- unterstützt eine kritische Diskussion über mögliche Lösungswege
- befähigt zur Gestaltung von politischen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Veränderungen
- befördert Antworten auf die Frage: wie beeinflussen meine Entscheidungen Menschen jetzt und nachfolgender Generationen oder in anderen Erdteilen?

LAZIK N2030

Einordnung in die politische Nachhaltigkeitsdiskussion

Diskussion um Zielkonflikte wird stärker,

... denn sie behindern die reibungslose Umsetzung und Transformation für eine nachhaltige Zukunft.

Vorreiterrolle des Forschungsvorhabens LAZIK N^{2030}

Es gibt nicht viele Ansätze, die sich bisher mit Lösungsansätzen für Zielkonflikten der Nachhaltigkeit und der Entwicklung konkreter Handlungshinweise befasst haben.

Zielvorgaben verschiedener politischer Ebenen

müssen auf kommunaler Ebene umgesetzt werden.

Kooperation wird immer notwendiger

Keiner allein kann die komplexen Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklung umsetzen und entsprechende Lösungsansätze entwickeln

LAZIK N2030

Einordnung in die politische Nachhaltigkeitsdiskussion

Vertikale Integration zur Vermeidung und Lösung von Zielkonflikten der nachhaltigen Entwicklung

Die 17 UN-Nachhaltigkeitsziele betreffen das Leben eines jeden/einer jeden Einzelnen.

Von der globalen Ebene bis auf die lokale Ebene herunter bzw. auch hinauf gilt es, über Schnittstellen, Wechselbeziehungen, Indikatoren sowohl die Ziele als auch die Entwicklung und die relevanten Akteur*innen und die Ideen für den Umgang mit Herausforderungen zu beachten und zu verbinden.

Die Ziele verschiedener Ebenen sind aufeinander abzustimmen.

Verträge, die Kommunikation und gegenseitige Unterstützung in der Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung zwischen den Ebenen müssen ermöglicht werden.

Impuls

Nachhaltigkeit

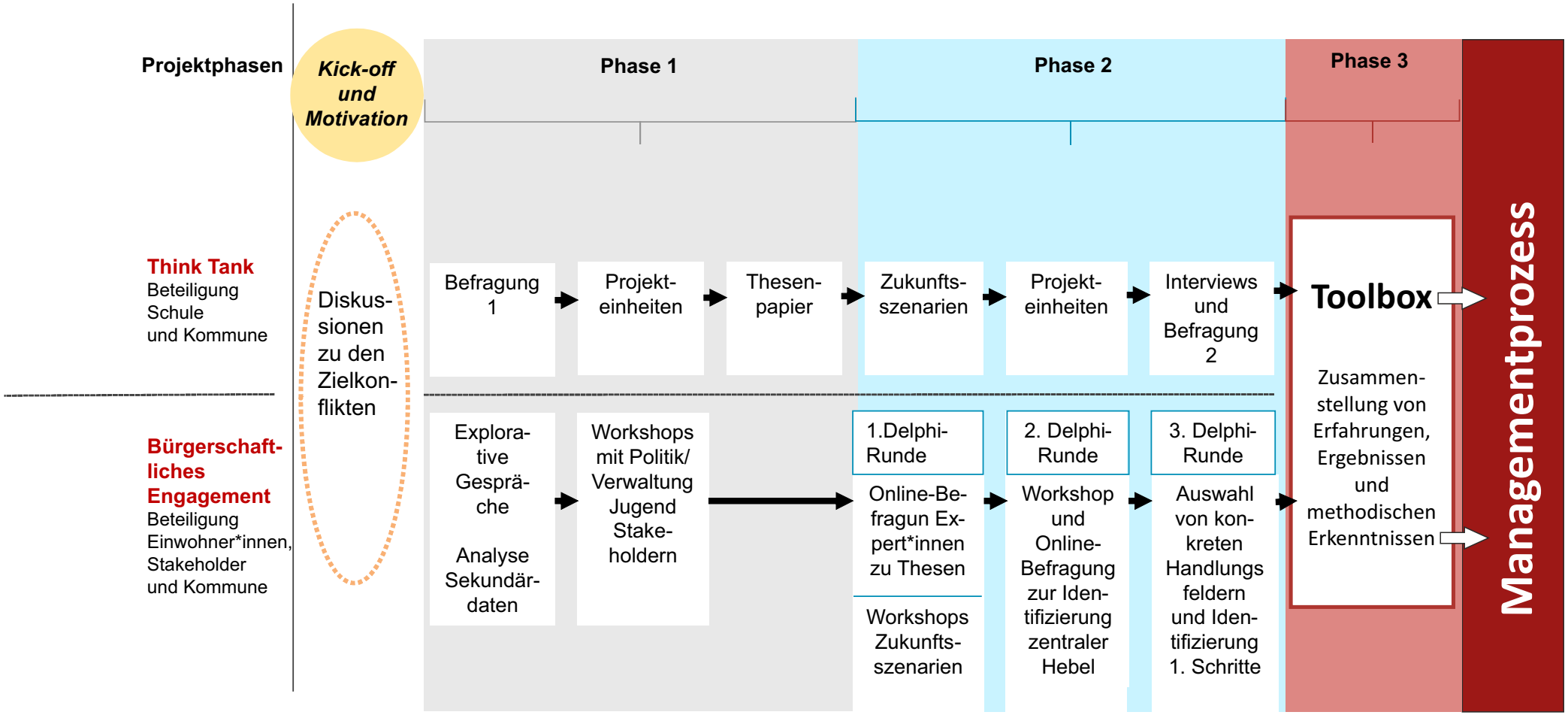
„Leider ist der Rahmen, in dem wir über Nachhaltigkeit reden, äußerst gering (im schulischen Alltag).“

„Uns fehlen tatsächlich Materialien dazu.“

Zitat aus einem Interview mit beteiligten Lehrkräften 2019

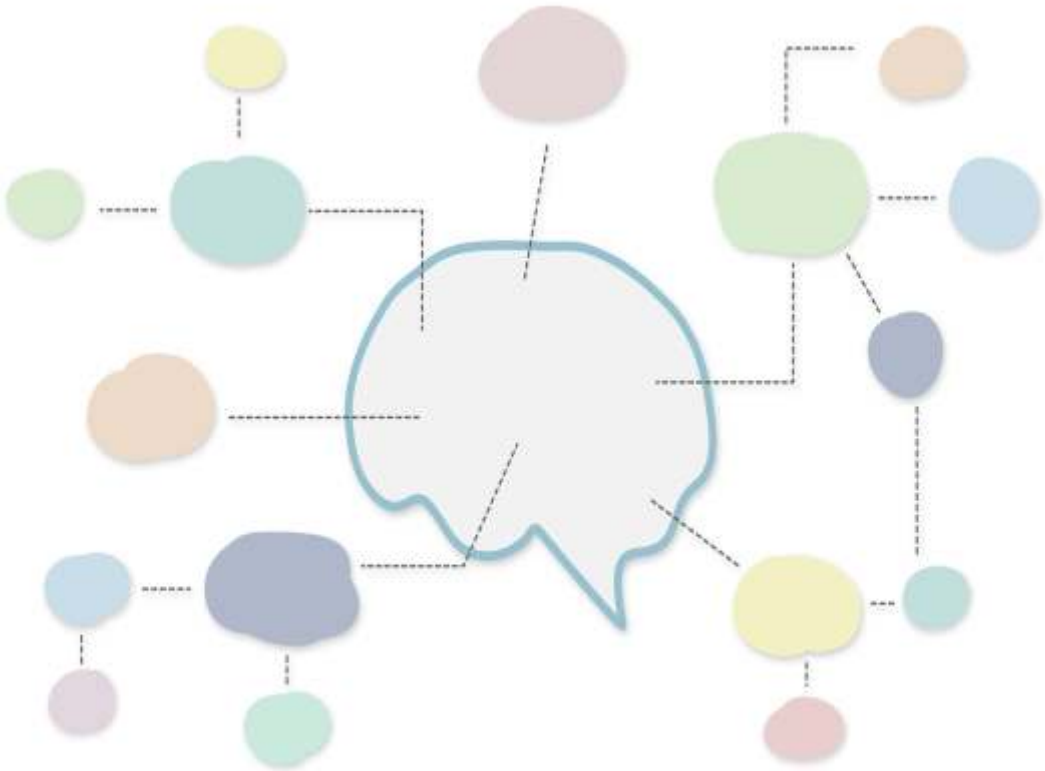
LAZIK N2030

Wesentliche Schritte im Vorhaben



LAZIK N2030

Unsere wesentlichen Schritte im Vorhaben



Sammeln

von Perspektiven, Meinungen, Ansichten, Wissen der *Einwohner*innen / Expert*innen*

Sortieren und Analysieren

von den bisherigen Ergebnisse für die nächste Phase durch den *Verbund*

Weiterdenken

des gesammelten Wissens und Perspektiven zu ersten Lösungsansätzen durch die *Einwohner*innen*

Methodische Ergebnisse

Erstellung der Methodenblätter und der Toolbox durch den *Verbund*

Allgemeine Erkenntnisse

Aufbereitung der Rückmeldungen, Prozessreflexion durch die *Einwohner*innen und den Verbund.*

Konkrete Handlungshinweise und Empfehlungen

Erarbeitung für Politik und Kommune durch die *Einwohner*-innen und den Verbund*

Impuls

Forschungsprojekt

„Das Projekt hat Schüler, Lehrer und Kommune wachgerüttelt.“

Zitat aus einem Interview mit beteiligten Lehrkräften 2019

LAZIK N2030

Zentrale Ergebnisse der Einwohner*innen

Perspektivenvielfalt nutzen!
Es ist möglich und notwendig, die **vielen Perspektiven** auf die und Meinungen zu den Zielkonflikte/n zu erfassen, zu sortieren und zu kommunizieren

Expert*innenwissen einbinden und kommunizieren!
Die Einbindung von **Experten*innenwissen** für relevante Bereiche der jeweiligen Zielkonflikte ist zwingend notwendig. Dieses muss dann sortiert und an Einwohner*innen kommuniziert werden (oder direkt vorgetragen werden)

Kommunales Erfahrungswissen / Werte einholen, sortieren und mit Expert*innenwissen abgleichen!
Das **Erfahrungswissen und die Werthaltungen der Einwohner*innen** im Hinblick auf die jeweiligen Zielkonflikte ist ebenfalls einzuholen, zu sortieren und mit dem Expert*innenwissen abzugleichen bzw. zu verbinden, um Unterschiede und gleiche Sichtweisen zu identifizieren

Multiperspektivische Netzwerke bilden, die die Stadtgesellschaft repräsentieren
Schließen **kommunikativer Schnittstellen** und Einbinden möglichst vieler Akteur*innen und Altersgruppen (z. B. junge Menschen in Schule und Freizeit)

Methoden in der Toolbox
Methodische Vorgehensweisen in einer Toolbox als Hilfestellung zur Lösung von Zielkonflikten mit erprobten Methoden aus dem Forschungsvorhaben

LAZIK N2030

Zentrale Ergebnisse der schulischen Arbeit

Projektpartner waren das Europa-Gymnasium „Walter Rathenau“ Bitterfeld, die „Adolph Diesterweg“ Sekundarschule Roitzsch und die „Christian Hülsmeyer“ Oberschule in Barnstorf.

- Schüler*innen haben eine Meinung, die mehr Gehör finden muss.
- Schüler*innen haben kaum bis keine Berührungspunkte mit der Kommunalpolitik bzw. fühlen sich nicht ernst genommen mit ihren Belangen!
- Schüler*innen kennen ihre Kommune aus ihrer Perspektive und haben Ideen für Lösungsansätze!
- Zielkonflikte der Nachhaltigkeit müssen an die Lebensrealität der Jugendlichen anschlussfähig sein. Es ist zu bedenken, dass Schüler*innen„eigene“ Zielkonflikte haben!
- Methoden des forschenden Lernens, wie z.B. ein Austausch mit kommunalen Vertreter*innen oder Reflexive Fotografie, sind geeignet, um das Interesse der Jugendlichen an virulenten Zielkonflikten in der eigenen Kommune zu wecken und für die jeweilige Problematik zu sensibilisieren
- Schüler*innen kommunizieren auf anderen Ebenen und werden durch die Kommunikation in den Kommunen aktuell nicht erreicht!
- Das Thema Nachhaltigkeit ist in Bildungszusammenhängen sowie im Verwaltungshandeln nicht angemessen verankert (curricular und Fehlen von guten Lehr-Lern-Materialien).
- Jugendliche wünschen sich kurzfristige Lösungen, Politik- und Verwaltungsprozesse dauern lange.
- Relevante Akteur*innen (z. B. Schule und Kommunalpolitik) kooperieren nicht ausreichend, aber ein direkter Austausch wurde von allen Befragten als sehr gut bewertet.
- Strukturen innerhalb der Kommunalverwaltung zu Bildung und zielgruppengerechter Kommunikation sind kaum vorhanden.
- Motivation zu/Verstetigung von bürgerschaftlichem Engagement sind bisher kaum vorhanden (fehlende Beteiligungsformate) und Begegnungen müssen auf Augenhöhe stattfinden.
- „Ohnmachtsgefühl“: Wünsche und Forderungen der Jugendlichen können nicht umgesetzt werden.

LAZIK N2030

Zentrale Ergebnisse für Sandersdorf-Brehna

Identifikation notwendiger Grundlagen der Bearbeitung von Zielkonflikten der Nachhaltigkeit

Um Zielkonflikte der Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene bearbeiten zu können, wird dort Wissen zu Nachhaltigkeit benötigt.

Nachhaltigkeit muss in Bildungszusammenhängen einer kommunalen Bildungslandschaft verankert werden.

Um die kommunale Perspektivenvielfalt einbeziehen zu können, wird es notwendig, Kommunalverwaltung und Politik, Stakeholder und Zivilgesellschaft eng miteinander zu vernetzen.

Dazu ist es notwendig, kommunale Netzwerke und ihre Akteur*innen sowie und informelle Meinungsführer*innen zu kennen und die entsprechenden Kommunikationskanäle nutzen zu können.

Impuls

Kommune

Zitat eines Schülers im Rahmen der Fragebogenerhebung 2018 auf die Frage:

Was findest du weniger gut an deiner Kommune?

„...dass sie sich erst in der 9.Klasse zeigt und einem davor nie klar war, dass sie existiert.“

LAZIK N2030

Zentralisierung vs. Entwicklung einzelner Ortsteile

Lösungsansatz:
Wohn- und Immobilienangebote (-eigentum) als Haltefaktor, der das Aussterben der Ortsteile hinauszögert

Analyse:
Es gibt Druck aus den städtischen Räumen nach Sandersdorf-Brehna, dort besteht ebenso Flächenknappheit bzw. Wohnraummangel.

Lösungsansatz:
Es gibt **NICHT DIE EINE LÖSUNG**, daher sollte mit der regionalen Planungsgesellschaft eine angepasste Planung der Raumordnung ermöglicht werden, die vorhandene, mögliche Bauflächen einbezieht und entsprechende Untersuchungsstrategien verfolgt und diese mit übergeordneten Planungen abgleicht und dort ebenfalls in die Lösungsfindung einbezogen werden.

Verantwortlichkeit:
Es muss ein in sich greifendes, auf Nachhaltigkeit orientiertes Zusammenspiel zwischen dem Land Sachsen-Anhalt (Aufgabe: Gesetze an Bedarfe der Raumordnung anpassen), der Regionalplanung des Landkreises Anhalt Bitterfeld sowie der Regionalen Planungsgesellschaft Anhalt-Wittenberg-Dessau, entstehen.

Nachhaltigkeit des Lösungsansatzes:
Ist gegeben, denn junge Familien mit Kindern siedeln sich weiter an. Eine Stärkung der Ortsteile und der Stadt insgesamt kann durch eine sich stetig an Bedarfe anpassende Planung Lösungen entwickeln.

LAZIK N2030

Zentralisierung vs. Entwicklung einzelner Ortsteile

Lösungsansatz:
Digitalisierung der Kommunalverwaltung, damit die Verwaltung zu den Einwohner*innen kommt

Analyse:
Verwaltung und Ämter hinken zur Zeit der digitalen Entwicklung hinterher , es gibt zu viele unterschiedliche Informationen auf verschiedenen Kanälen. Durch eine digitale Aufwertung der Angebote zur Kommunikation mit den Ämtern werden mehr Menschen auch generationsübergreifend angesprochen.

Lösungsansatz:
Angebote der Stadtverwaltung analysieren und prüfen, was online genutzt werden kann (läuft aktuell), vollständige Netzabdeckung Mobilfunk vorantreiben, Analyse und Bündelung von Angeboten über verschiedene Themen (ÖPNV, Dienstleistungen, Veranstaltungsangebote) in einer vollwertigen „Stadt-App“, digitales Amtsblatt bekannter machen, zielgruppengerechte Kommunikationskanäle)

Verantwortlichkeiten:
Stadt Sandersdorf-Brehna
Vernetzung mit Landkreis und Nachbarkommunen

Nachhaltigkeit des Lösungsansatzes:

Digitalisierung kann einen Beitrag zum Ressourcenschutz leisten, ist zeitsparend und flexibel und beteiligt alle Generationen.

LAZIK N2030

Zentralisierung vs. Entwicklung einzelner Ortsteile

Lösungsansatz:
Mobilität ausbauen und Erreichbarkeit von Veranstaltungen sicherstellen

Analyse:
ÖPNV derzeit noch unzureichend ausgebaut, wenige Angebote zur Erreichbarkeit von Veranstaltungen (z.B. Silvester oder zu Abendzeiten), Netz ungenügend ausgebaut, öffentliche Verkehrsangebote zwischen den Ortsteilen teilweise nicht ausreichend.

Lösungsansatz:
Mobilität insgesamt fördern, durch Ausbau von „Rufbus"-Linien (für größere Veranstaltungen, auch Angebot zu Abend-/ Nachtzeiten für Jugendliche), Ausbau von Netz und Taktzeiten, Angebot eines Einkaufsbusses (Bürgerbus für (ältere) Menschen, die wenig mobil sind), eines Azubi-Busses, um Wirtschaft und Kommune miteinander zu verbinden und Abfrage der Investitionsbereitschaft von Wirtschaftsbetrieben an einer Beteiligung sowie Einrichtung von Rundbuslinien für größere Events (Stadtfeste), Wiederbelebung der Bahnlinie ab Bahnhof Sandersdorf.

Nachhaltigkeit des Lösungsansatzes:

wirkt Vereinsamung und Isolation entgegen, Sicherheit wird verbessert, gesellschaftl. Gruppen werden zusammenführt.

Verantwortlichkeiten:
Stadt Sandersdorf-Brehna (z.B. mit einem Beteiligungsprozess für Ideensammlung, Gesamtkonzept, eigene Lösungen), Landkreis (ÖPNV-Anbieter), Vereine = Stakeholder

LAZIK N2030

Kommunale Kita vs. Ausgeglichener Finanzhaushalt

Analyse:
Der Zielkonflikt wird in Sandersdorf-Brehna derzeit entspannter gesehen (gegenüber der Ausgangslage 2016), aufgrund der aktuellen Haushaltslage (Hinweis darauf, dass sich Bedingungen verändern was berücksichtigt werden muss. Der Zielkonflikt ist dennoch nicht gelöst, da erheblicher Zuschussbedarf zu den Kita-Beiträgen bestehen bleibt.
Es gibt durch die Kommune keinen Einfluss auf Rahmenbedingungen (Gute-Kita-Gesetz, Finanzausgleich).

Lösungsansatz:
Es ist wichtig, Flexibilität zu bewahren und eine Langfriststrategie sowie Alternativvorschläge zu entwickeln und hier durch Kommunikation auf Augenhöhe allen Stadtratsmitgliedern die gleichen Informationen zur Verfügung zu stellen und im Miteinander Denkräume zu erweitern. Eingebettet ist dieser Zielkonflikt in die verstärkte gesellschaftliche Diskussion, warum frühkindliche Bildung und -Betreuung mehr Wert sein muss.

Verantwortlichkeiten:
Stadt Sandersdorf-Brehna, Land Sachsen-Anhalt, Landkreis Anhalt-Bitterfeld

Nachhaltigkeit des Lösungsansatzes:

ist gegeben, weil die Bereitstellung von umfassender Bildung und ihre langfristige Anpassung an die überkommunalen Entwicklungen grundlegend für die Bewältigung der Anforderungen der Nachhaltigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt ist.

LAZIK N2030

Ausbau Windkraftanlagen vs. Flächenschutz/Wohnqualität

Lösungsansatz:
Beteiligung der Einwohner*innen der Samtgemeinde Barnstorf an Lösungsfindung und Umsetzung

Analyse:
Betroffene und Einwände werden nicht ausreichend ernst genommen und es gibt kaum Mitsprache- und Beteiligungsangebote.

Lösungsansatz:
Frühzeitig die Bevölkerung durch Informationen und Beteiligungsangebote einbinden (auch als Teilnehmende in Ratssitzungen) und dabei nicht das OB sondern nur das WIE besprechen; die Flächen nicht in die Hand von Großinvestor*innen geben und ggf. einen Windkraft-Cent einführen (als Rücklage für den Erhalt der Handlungsfähigkeit; bei Verkäufer*innen ansetzen und Bewusstsein wecken für Nachhaltigkeit; zu den Menschen gehen und sie vor Ort in den Dörfern informieren; Bürger*innengenossenschaften schaffen durch Vorrang für lokale Strukturen.

Verantwortlichkeiten:
Politik, Verwaltung, Flächeneigentümer*innen, Einwohner*innen

Nachhaltigkeit des Lösungsansatzes:
Einwohner*innen und Akteur*innen werden zusammengebracht und alle mitgenommen, es entsteht mehr Akzeptanz und baut auf mehr Kompromissbereitschaft bei allen.

LAZIK N2030

Wiederansiedlung Wolf vs. Sicherheit Mensch / Nutztier

Lösungsansatz:
Beteiligung der Einwohner*innen der Samtgemeinde Barnstorf an Lösungsfindung und Umsetzung der Frage der Koexistenz von Mensch und Wolf

Analyse:
Der Wolf steht unter Naturschutz.
Menschen haben nicht für sich erkannt, dass sie mit dem Wolf im gleichen Umfeld leben müssen, beide haben ein Anrecht darauf.

Lösungsansatz:
Wolfsberater*innen vor Ort noch intensiver einbinden; klare Definition des Begriffes „Problemwolf“ schaffen; Verkürzung der Entschädigungsverfahren; Aufruf Berichterstattung der Presse und sozialer Medien zum Thema Wolf versachlichen und ohne reißerische Bilder; von anderen guten Beispielen auch im Ausland lernen; Ergebnisse an Landes- und Bundestagsabgeordnete weitergeben

Verantwortlichkeiten:
Kommune, insbesondere Politik und Verwaltung, Presse, Bund

Nachhaltigkeit des Lösungsansatzes:
Ist gegeben, weil Wolf und Mensch gemeinsam leben müssen und dafür eine Lösung benötigt wird.

LAZIK N2030

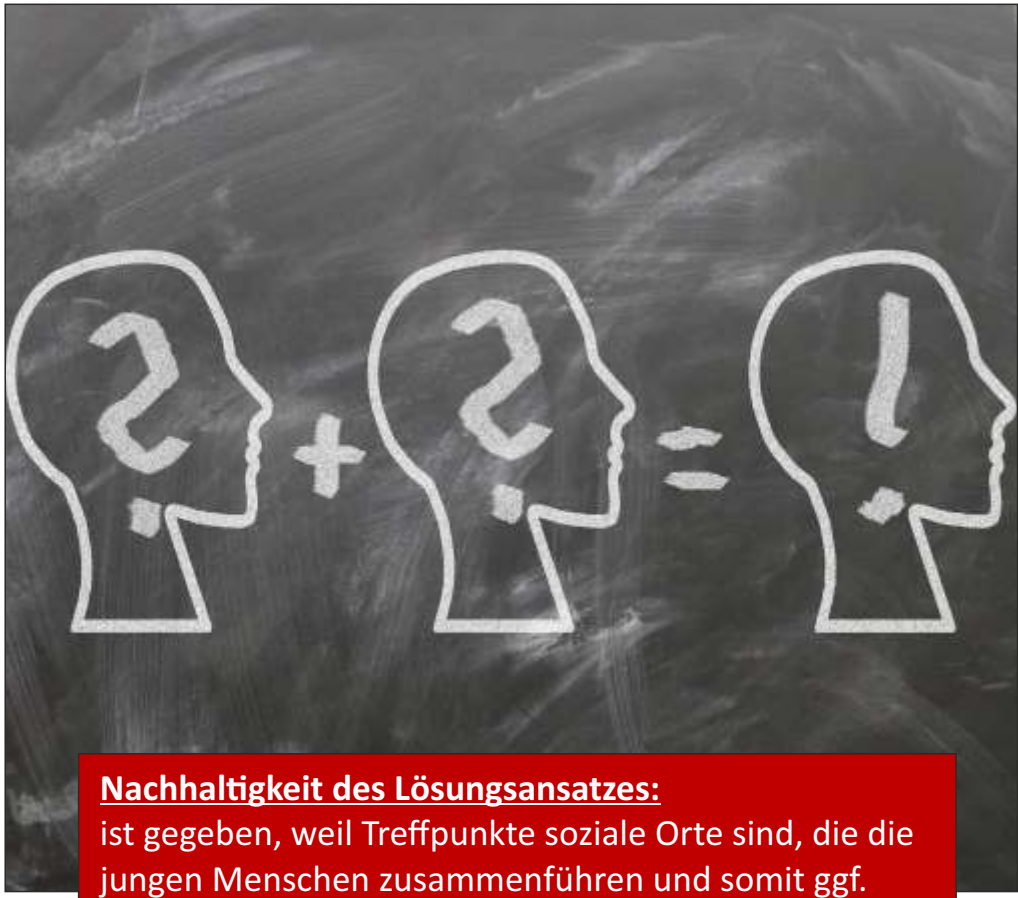
Treffpunkte für Jugendliche vs. Finanzhaushalt

Lösungsansatz:
Neue sichere Treffpunkte in einzelnen Ortsteilen der Stadt Sandersdorf-Brehna und der Samtgemeinde Barnstorf müssen gemeinsam gefunden werden

Analyse:
Es gibt im Stadt-/ Samtgemeindegebiet kaum Treffpunkte für Jugendliche.
Bestehende Treffpunkte bedürfen einer Veränderung

Lösungsansatz:
gemeinsame Diskussion zu Sicherheit und Ordnung sowie sozialer Kontrolle, Treffen mit verantwortlichen Vertreter*innen, Bereitstellen von Sitzgelegenheiten, die Frage von Generationen-gerechtigkeit muss in den Blick genommen werden

Verantwortlichkeiten:
Kommune, insbesondere Politik und Verwaltung, Jugendliche, Einwohner*innen



Nachhaltigkeit des Lösungsansatzes:
ist gegeben, weil Treffpunkte soziale Orte sind, die die jungen Menschen zusammenführen und somit ggf. Lücken im sozialen Netz schließen oder neue Verbindungen herstellen können. Es sind Kreativorte für gemeinschaftliches Lernen, Selbstwirksamkeit und lebendige Gemeinschaft.

Impuls

Kommune

„Das Forschungsprojekt hat einen riesengroßen Teil mit dazu beigetragen, dass auch das Bewusstsein in den Schülern überhaupt erstmal geweckt wurde, sich zu beteiligen und auf die Kommune auch mit zuzugehen, für die Kommune was mit zu tun und die Kommune gemeinsam mit zu entwickeln“

(Zitat aus Interview mit kommunalem Vertreter 2019)

LAZIK N2030

Relevante Nebeneffekte

Im Rahmen der Bearbeitung des Forschungsvorhabens gab es verschiedene Nebeneffekte, die, wenn die Kommune das aufgreift und weiter verarbeitet, in eine neue Kultur des Miteinanders in der Stadt bzw. Samtgemeinde führen kann. Dabei werden diese Punkte wichtig:

- das Anregen und Vertiefen der Nachhaltigkeitsdebatte
- vernetztes Denken üben und das Verständnis für Komplexität fördern
- das Anregen zum Austausch über Sach- und Fachthemen
- die Wertschätzung von Beteiligung und moderierten Diskussionen
- die Aufmerksamkeit dafür zu wecken, verschiedene Perspektiven auf ein Problem einzubeziehen

LAZIK N2030

Relevante Nebeneffekte in Sandersdorf-Brehna

Parallel zum Forschungsprojekt gab es verschiedene Initiativen, die Impulse und Erkenntnisse aus dem Vorhaben verarbeiteten. Das waren entscheidende Schritte dafür:

- **Aufbau von Bildungs- und Beteiligungsstrukturen für die langfristige Einbindung Jugendlicher, Menschen mit Behinderung(en) und der Einwohnerschaft durch**
  - geförderte/r Teilhabemanager*in für Menschen mit Behinderung, Erarbeitung eines Aktionsplanes zu Integration - Inklusion – geplante Einbindung ins Integrierte Gemeindliche Entwicklungskonzept
  - Gründung Jugendbeirat mit Rede- und Antragsrecht im Stadtrat
  - geförderte/r SB Partizipation für eine Ist-Stands-Analyse zum Thema generationsübergreifenden Engagement mit dem Ziel eines stadtweiten Kümmerer-Netzwerkes

- **Langfristige Implementierung von Nachhaltigkeitswissen**
- **Interkommunale inklusive Bildungskooperation**
- **Einbindung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in städtische Kommunikationskanäle und Projekte innerhalb der Stadtgesellschaft**

LAZIK N2030

Relevante Nebeneffekte in Barnstorf

In Barnstorf gab es ebenso Wirkungen aus dem Forschungsvorhaben zu verarbeiten. Dies waren u.a.:

- die Aufarbeitung und die Verteilung vieler Informationen
- ein gewachsenes gegenseitiges Verständnis
- die Aktualisierung des kommunalen Leitbildes
- die entstehende Kooperation zwischen Kommune und Schule auf Basis des durchgeführten intensiven und auf Zukunft ausgerichteten Dialog mit Schüler*innen der örtlichen Oberschule
- das Gefühl, dass Argumente mehr Raum im gegenseitigen Austausch finden
- Wunsch nach regelmäßigen, extern moderierten Prozessen zu verschiedenen Problemlagen durch Bevölkerung

Impuls

Kommune

„Kommune muss einfach auch Möglichkeiten bieten, dass die Jugendlichen gehört werden, dass sie sich engagieren.“

(Zitat aus Interview mit beteiligten Lehrkräften 2019)

LAZIK N2030

Handlungsempfehlungen

Für die Lösung von Zielkonflikten der Nachhaltigkeit gibt es folgende Erkenntnisse und Empfehlungen des Verbundes:

- der Fokus muss auf der Frage „Wie kommen wir vom Wissen ins Handeln?“ liegen
  - Versuchsmodelle nutzen, die aufzeigen, wie es gehen kann
  - Expert*innenwissen konkret einbinden
  - Jugendliche pro-aktiv einbinden und bei Umsetzung beteiligen
- es bestehen vorwiegend in der Einwohner*innenschaft konkrete Erwartungen an (Komplett-)Lösungen
- die Vielfalt an Lösungsansätzen, die erarbeitet wurde, wird zwar wahrgenommen, doch offengeblieben ist, ob sie auch umgesetzt werden, hier fehlen sowohl Verbindlichkeit als auch Umsetzungsplanung
- breite Kommunikation in die Öffentlichkeit/in die Einwohner*-innenschaft

- Umsetzung von Ergebnissen scheitert z. T. an Ressourcen-mangel
- Nachhaltigkeitsbewusstsein ist nicht ausreichend vor-handen
- die Herausforderungen sind extrem komplex, dieses wird in Strategien – sofern diese existieren – nicht aufgegriffen, was aber vonnöten wäre.

LAZIK N2030

Handlungsempfehlungen

- erarbeitete Lösungsansätze und Empfehlungen weiterentwickeln
- Auseinandersetzung mit den entwickelten Lösungsansätzen und Diskussion unter Beachtung bestehender Spielräume für Politik/Kommune
- Bevölkerung weiterhin einbinden – schafft Akzeptanz, andere Ideen, Wissen und die APP – Idee verfolgen; u. a. auch zur Information nutzen
- Aktuelle Situation und Veränderungen der jeweiligen Thematik in Lösungsfindung einfließen lassen
- Für Zielkonflikte, die nicht auf kommunaler Ebene lösbar sind das Gespräch mit übergeordneten Ebenen suchen und gemeinsam Lösungen entwickeln (Land, Bund, EU)
- Berichterstattung an die Öffentlichkeit regelmäßig 1x /Jahr

LAZIK N2030

Handlungsempfehlungen schulischer Bereich

Nach Sensibilisierung für und Diskussion der Zielkonflikte der Nachhaltigkeit: **Entwicklung und Überreichung eines Thesen- und Forderungspapiers** von den jungen Menschen (für die Einbindung der Jugendlichen und ihrer Perspektiven).

Eine Kooperationsvereinbarung, die von beiden Seiten unterzeichnet wird, ist sinnvoll, um verbindlich bestimmte Maßnahmen schriftlich festzuhalten und eine Kooperation zwischen Schule und Kommune zu initiieren und zu verstetigen.

Maßnahmen Schule:

- Es wird eine **schulische Ansprechperson** für die Zusammenarbeit nebst Stellvertretung identifiziert.
- Es werden regelmäßig, mindestens einmal jährlich, **Projektwochen/-tage** zu kommunalpolitischen Themen veranstaltet.
- Die **Kooperation wird strukturell verankert**, z.B. durch Austausch zwischen den Kooperationspartner*innen im Rahmen von Unterricht, in Form von AG´s, im Rahmen von Schüler*innen-Vertretungen etc.

LAZIK N2030

Handlungsempfehlungen schulischer Bereich

Maßnahmen Kommune:

- Es wird eine **kommunale Ansprechperson** für die Zusammenarbeit nebst Stellvertretung identifiziert.
- Es wird regelmäßig, mindestens zweimal jährlich, **ein persönlicher Austausch mit Schüler*innen** ermöglicht, z.B. in Form von außerschulischen Diskussionen, Teilnahme an Ratssitzungen, um eine Partizipation von Jugendlichen zu ermöglichen.
- Es werden **zielgruppengerechte Kommunikationskanäle** geschaffen.
- Es werden **zielgruppengerechte und anschlussfähige Themen** im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung in die kommunalen Diskussionen aufgenommen, z.B. nachhaltige Mobilität, Treffpunkte für Jugendliche, Forderungen von Fridays for Future bzw. von Jugendlichen im Kontext des Klimawandels.
- Schüler*innen werden mit ihren Anliegen **ernst genommen**.

LAZIK N2030

Handlungsempfehlungen schulischer Bereich

Empfehlungen für Maßnahmen auf Landesebene:

- Es findet eine Verankerung von kommunalpolitischen Themen und Nachhaltigkeitsaspekten in den **schulischen Curricula der Fächer** statt.
- Es werden entsprechende **Lehr-Lern-Materialien** zur Verfügung gestellt.
- Es wird eine **finanzielle Unterstützung** bei der Initiierung und Umsetzung **von schulischen Projektvorhaben** im Kontext von BNE (Bildung für nachhaltige Entwicklung) offeriert.
- Es wird eine **finanzielle Unterstützung externer Partner*innen** zur Begleitung der Projektvorhaben in Schulen offeriert.
- Eine Verankerung von kommunalpolitischen Themen und Nachhaltigkeitsaspekten in der **Aus- und Weiterbildung von pädagogischen Fachkräften** wird durch entsprechende Erlasse implementiert.

Impuls Vernetzung / Kooperation

„Die Kooperation Schule, Kommune, und Wissenschaft finde ich sehr wichtig. Das haben wir ja jetzt gemerkt, dass so etwas auch gut ankommt.“

(Zitat aus Interview mit beteiligten Lehrkräften 2019)

LAZIK N2030

Auf den Punkt gebracht

Das Fazit des Bürgermeisters Andy Grabner zum Forschungsvorhaben:

Darum hat sich die Stadt Sandersdorf-Brehna an einem Forschungsprojekt beteiligt:
Unsere Stadt soll auch künftigen Generationen eine gute Lebensgrundlage bieten. Dafür ist es notwendig, Nachhaltigkeit in Sandersdorf-Brehna zu verankern und die gesamte Einwohnerschaft, insbesondere junge Menschen, an Stadtentwicklung zu beteiligen.
LAZIK N2030 sollte helfen, unsere Zielkonflikte so zu bearbeiten, dass Sandersdorf-Brehna zukunftsfähig bleibt.

Darin sehe ich den größten Nutzen für die Stadt:
Es hat sich herausgestellt, insbesondere durch die Bearbeitung unseres Kita-Zielkonfliktes, dass Bildung und Bildungsgerechtigkeit der Schlüssel für eine gedeihliche nachhaltige Stadtentwicklung ist.
Den gleichberechtigten Zugang zu Bildung für alle Generationen im Blick zu haben und eine kommunale Bildungslandschaft zu entwickeln, sehe ich als besondere Chance, unsere städtischen Entwicklungsziele zu erreichen. Bildungsförderung ist immer auch Wirtschafts- und Sozialraumförderung.
Dabei wird entscheidend sein, im Austausch mit den Einwohner*innen zu bleiben und miteinander eine Engagement- und Beteiligungskultur zu entwickeln.

Darum braucht es auch künftig die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Kommune:
Kommunalverwaltungen mit all den Pflicht- und freiwilligen Aufgaben sind in feste Abläufe eingebunden und brauchen die externe und wissenschaftliche Perspektive zur Reflexion.
Kreativ- und Innovationspotential für neue Wege ist immer dann gegeben, wenn zu einer Herausforderung ein Austausch mit vielen unterschiedlichen fachlichen Sichtweisen erfolgen kann.
Gesamtgesellschaftlich sehe ich es übrigens auch als Aufgabe der Universitäten und Fachhochschulen an, für Wissenstransfer in Richtung Kommunen zu sorgen.

LAZIK N2030

Auf den Punkt gebracht

Das Fazit des Samtgemeindebürgermeisters Jürgen Lübbers zum Forschungsvorhaben:

Darum hat sich die Samtgemeinde Barnstorf an einem Forschungsprojekt beteiligt:
Die Samtgemeinde Barnstorf hat sich schon an zahlreichen Forschungsvorhaben beteiligt und schätzt den Wert einer wissenschaftlichen Begleitung.
Wunsch war es, Konflikte bei der Gestaltung einer zukunftsfähigen Kommune im Kontext der Realisierung der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung partizipativ mit besonderem Fokus auf Jugendbeteiligung zu erkennen, zu analysieren sowie erste Lösungsansätze zu erarbeiten.
Zudem sollte durch die intensive Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Politik / Verwaltung eine positive und zukunftsfähige Kommunalentwicklung fortgesetzt werden.

Darin sehe ich den größten Nutzen für die Samtgemeinde:
Im Rahmen des Vorhabens ist es gelungen, Verfechter und Gegner der beiden Zielkonflikte an einen Tisch zu bekommen. Unter „unabhängiger" Moderation erfolgte ein intensiver Informations- und Meinungsaustausch. Teilweise wurde Verständnis für die Gegenseite entwickelt. Kontrahenten, die sich vorher nur emotional austauschten, haben sachlich miteinander diskutiert. Außerdem konnten Schüler*innen und junge Erwachsene motiviert werden, sich mit kommunalen Themen auseinanderzusetzen. Insbesondere mit der Oberschule soll künftig ein regelmäßiger Austausch erfolgen.

Darum braucht es auch künftig die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Kommune:
Rat und Verwaltung müssen neben der üblichen „Tagesarbeit" kreativ unter Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen nach neuen Wegen zur Weiterentwicklung der Kommune suchen. Dabei ist Unterstützung durch das Knowhow der Wissenschaft m.E. unverzichtbar. Diese betrachtet die örtlichen Verhältnisse mit dem „Blick von außen" und gibt den Verantwortlichen vor Ort eine wichtige Unterstützung bei der Umsetzung neuer Initiativen. Nach dem Motto „keine Angst vor neuen Ideen!" kann es nur so gelingen, die Samtgemeinde zukunftsfähig zu gestalten.

Auf den Punkt gebracht

Artikelserien des Forschungsverbundes zum vertieften Weiterlesen

Doreen Scheffler und Carolin Schulz-Schwenker

LAZIK N^{2030} Side-Effects: „Der Aufbau von Bildungs- und Beteiligungsstrukturen auf kommunaler Ebene“

Kurzfassung

Das BMBF-Forschungsvorhaben LAZIK N^{2030} hat deutlich gemacht, dass für die Bearbeitung komplexer Herausforderungen auf kommunaler Ebene verschiedene Voraussetzungen erfüllt sein müssen. Ein grundlegendes Nachhaltigkeitsbewusstsein nebst Kenntnis der wirkenden Dimensionen gehört ebenso dazu, wie die Partizipation der Einwohnerschaft.

Stadtverwaltung, Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft müssen daher Netzwerke zur kooperativen Bearbeitung von Zukunftsfragen innerhalb der Stadtgesellschaft bilden.

Im Mittelpunkt einer sinnstiftenden Auseinandersetzung sollte dabei die Orientierung auf gemeinsame und grundlegende Werte, wie der Frage von Generationengerechtigkeit und dem Bekenntnis zur nachhaltigen Entwicklung stehen. Die Partizipationsmöglichkeiten aller Einwohnerinnen und Einwohner sind dabei ganz besonders in den Fokus der strategischen und nachhaltigen sozialen Stadt-entwicklung zu nehmen.

Wie kann man Strukturen schaffen, die Teilhabe und Beteiligung begünstigen?

Wie die Partizipation aller Einwohnerinnen und Einwohner fördern?
Wie ist Bildung für nachhaltige Entwicklung in strategische und operative Entscheidungsprozesse zu implementieren?
Wie kommt man in Kommunen vom Wissen zum Handeln?

Stadt Sandersdorf-Brehna und der Samtgemeinde Barnstorf

In Sandersdorf-Brehna, einer Kleinstadt im südlichen Sachsen-Anhalt und in der niedersächsischen Samtgemeinde Barnstorf wurden im Forschungsprojekt LAZIKN2030 im Zeitraum von August 2017 – Dezember 2020 zwei Zielkonflikte bearbeitet, in Sandersdorf-Brehna im Bereich der sozialen Nachhaltigkeit und in der Samtgemeinde Barnstorf im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit.

In allen Workshops kam ganz klar zum Ausdruck, dass der persönliche Austausch zu Sachfragen der eigenen kommunalen Lebenswirklichkeit für die Teilnehmenden aus Politik und Verwaltung und der Zivilgesellschaft als neu, wertvoll und für die kommunale Entwicklung als bedeutsam empfunden wurde.

Sowohl die Mitglieder der Kommunalverwaltung als auch Ratsmitglieder und die Einwohner*innenschaft haben den Wunsch, mit ihrem Erfahrungswissen Stadtentwicklung zu unterstützen.

Sandersdorf-Brehna in Sachsen-Anhalt
Menschen wollen sich mit ihrer Stadt verbinden, wollen beteiligt sein.
Aus dieser Erkenntnis heraus wurde in Sandersdorf-Brehna zeitgleich ein Managementprozess an das Forschungsprojekt angedockt, mit dem Ziel der Verankerung von Bildungs- und Beteiligungsstrukturen im Stadtgebiet.

Identifikation relevanter Zielgruppen in der Stadtgesellschaft
Bis zum Forschungsprojekt war die Beteiligung an städtischen Entwicklungsthemen ganz klar auf die Gremienarbeit innerhalb der gewählten Vertreter*innen des Stadtrates beschränkt. Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben von Wählbarkeit waren zwei große Bevölkerungsgruppen per se also von Beteiligung von vornherein ausgeschlossen: Kinder und Jugendliche sowie Menschen mit Beeinträchtigungen.

Soziale Stadtentwicklung muss jedoch alle Bedürfnisse und Bedarfe abbilden können.

Menschen mit Behinderung
Im ersten Schritt wurde in Sandersdorf-Brehna ein Förderantrag für einen Teilhabemanager /eine Teilhabemanagerin gestellt.
Es braucht in der Stadt Beteiligungsstrukturen und Netzwerke für Menschen mit Beeinträchtigungen und einen konkreten Aktionsplan mit verschiedenen Handlungsfeldern, um die Situation der Zielgruppe zu verbessern.
Dieser Aktionsplan wird in das Integrierte Gemeindliche Entwicklungskonzept (IGEK) überführt werden und so Verbindlichkeit in der Beachtung von Verwaltungshandeln und kommunalpolitischen Entscheidungen erhalten.

Das Projekt läuft im Zeitraum von 01/2019 bis 06/2022.

Kinder und Jugendliche
Um die Sichtweisen auf Kommunalpolitik der Kinder und Jugendlichen einzubeziehen, wurde im April 2019 der Jugendbeirat der Stadt Sandersdorf-Brehna gegründet. Vorausgegangen war eine schulische Projekteinheit des Forschungsprojektes, bei der Bürgermeister Andy Grabner im Europagymnasium „Walter Rathenau“ auf den heißen Stuhl gesetzt wurde und Fragen der Jugendlichen beantworten musste. Aus der Realkonfrontation zwischen Schülerinnen und Schülern und dem politischen Stadtoberhaupt entstand die Idee einer Beteiligungsstruktur.

Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren haben nun Rederecht und Antragsrecht im Stadtrat, beantragten dort einen festen Sitz für das Gremium Jugendbeirat im Sozial- und Bauausschuss und brachten verschiedene Projektideen für Kinder und Jugendliche auf den Weg. Im Jahr 2020 wurde der Jugendbeirat Pilotkommune zur Förderung von Jugendpartizipation im Land Sachsen-Anhalt und fokussierte sich hier auf die Umsetzung von Generationenbegegnungsprojekten.

In der Weiterentwicklung steht mit der Neuwahl im Jahr 2021 auch eine Änderung der Zusammensetzung in der Diskussion. So soll es für den Jugendclub, die Sekundarschule, Vereine, die Feuerwehr feste Sitze geben, die zusammen mit frei gewählten Kandidaten das Thema der Mitbestimmung von Jugendlichen in der Stadt in die Breite tragen.

Des Weiteren ist in der Planung, in der Weiterentwicklung des strategischen Instrumentes des Jugendbeirates in der Zielgruppe der Kinder mit allen drei Grundschulen Kinderbürgermeister*innen zu wählen. Hier ist das Ziel Demokratiebildung auf kommunaler Ebene und Mitbestimmung von Kindern zu fördern und in formalen Bildungsstrukturen zu verankern.

Partizipation der Einwohnerschaft

Übergeordnetes Ziel eines Förderantrages für eine/n Projektleiter/in Partizipation ist es, mit dem bottom up Ansatz ein bürgerschaftliches Netzwerk zur Bewältigung der sozialen Folgen des demografischen Wandels zu initiieren.
Dabei ist es notwendig, eine gemeinsame Sicht auf Entwicklungsmöglichkeiten und Problemlagen der gesamten Stadt zu fördern.

Bislang werden alle acht Ortsteile der Stadt dezentral entwickelt, hinsichtlich Daseinsfürsorge, Teilhabemöglichkeiten und ehrenamtlichen Engagement.

Im ersten Jahr wird es darum gehen, innerhalb der o.a. Zielvorgaben formelle und informelle Meinungsführer zu identifizieren, Vereine, Kooperationen und Netzwerke, die Verwaltung und die politische Ebene einzubeziehen, zu informieren und zur Mitarbeit am Aufbau des bürgerschaftlichen Netzwerkes zur Selbsthilfe einzuladen.
Entscheidend wird es sein, die ganz speziellen und unterschiedlichen örtlichen Problemnuancen aufzunehmen und den bottom up – Ansatz zu gewährleisten.

Projektbasiertes Arbeiten mittels Themen-Workshops, die innerhalb der o.a. Zielvorgaben konzipiert sind, sollen als Türöffner dienen. Die moderierte persönliche Meinungskonfrontation von Angesicht zu Angesicht zwischen den Einwohnerinnen und Einwohnern wird dazu dienen, bestehende Vorurteile auszuräumen und die
unterschiedlichen Perspektiven der Einwohnerschaft kennen zulernen und in die weitere Arbeit einzubeziehen.

Im zweiten Jahr wird die Arbeit des bürgerschaftlichen Netzwerkes ein stationäres Heim erhalten, voraussichtlich 2022 wird ein barrierefreier Mehrgenerationentreff in Sandersdorf-Brehna eröffnet und von der Stadt betrieben werden. Zentral werden dann ganz gezielt Projekte und verschiedene Akteur*innen Heimat finden.

Implementierung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Kommune

Bereits in der Auftaktveranstaltung des Forschungsprojektes wurde deutlich, dass Wissen zu Nachhaltigkeit nur begrenzt vorhanden ist und diesbezügliche Aspekte nicht in die Bearbeitung der komplexen Fragestellungen des Forschungsprojektes einbezogen werden konnten.
Die Bearbeitung von Zielkonflikten der Nachhaltigkeit ist jedoch ohne diesbezügliches Wissen nicht möglich. Das soll sich langfristig in Sandersdorf-Brehna ändern.

Einbindung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in formale Bildungsstrukturen

Begonnen wurde mit dem Aufbau einer interkommunalen Bildungskooperation zwischen der Grundschule „An den Linden“ und der Förderschule mit dem Schwerpunkt geistige Behinderung. Im gemeinsamen Unterrichtskontext wurde das Thema Artenvielfalt und Insekten behandelt und auf 1200m²eine Wildblumenwiese angelegt. Nachfolgeprojekte widmeten sich dem Thema Luft und einem inklusiven Drachenfest sowie einem Begegnungsfest von Kindergarten- und Grundschulkindern mit und ohne Behinderung im Landkreis, dass in der Grundschule durchgeführt wurde. Eine gemeinsame Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer zum Thema Nachhaltigkeit fand im Sommer 2019 statt. Im Zeitrahmen 2018 – 2020 wurde die Bildungskooperation von der Projektkoordination LAZIK N2030 betreut, seit 2020 hat diese Aufgabe das Örtliche Teilhabemanagement übernommen.

Einbindung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in städtische Kommunikationskanäle

Des Weiteren wird das Thema Nachhaltigkeit über die städtischen Kommunikationskanäle in allen Dimensionen durch Einwohner*innenporträts abgebildet.

Menschen aus Sandersdorf-Brehna, die in besonderem Maße Nachhaltigkeit leben, werden dort vorgestellt. Sie legen Streuobstwiesen oder Blühwiesen an, arbeiten in Wirtschaftsunternehmen, die den nachhaltigsten Wintergarten auf dem Markt bauen und bringen Menschen in miteinander in Verbindung, z.B. durch zielgerichtete Kooperationen zwischen Jung und Alt im Stadtgebiet.

Alles das wird in Verbindung mit nachhaltigen Stadtentwicklungsprojekten vorgestellt, die derzeit vor allem im Bereich des Klimaschutzes angesiedelt sind.

Non-formale Bildung durch städtische Kommunikationskanäle zu übermitteln, ist ein wichtiger Bestandteil bei der Implementierung eines kommunalen Nachhaltigkeitsbewusstseins.

Einbindung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in non formale Bildungsstrukturen

Mit dem 2022 zu eröffnenden Mehrgenerationentreff eröffnen sich innerhalb des Stadtgebietes Möglichkeiten, Bildung für nachhaltige Entwicklung dauerhaft in non formale Bildungsstrukturen zu überführen. In der Vorkonzeption dazu wird deutlich, dass die Themen Bildung, Partizipation, Engagement-Förderung und Familienzentrum gleichberechtigt durch spezielle Workshop-/Projektkonzeptionen Raum finden werden.

Samtgemeinde Barnstorf

In der forschungserfahrenen Samtgemeinde Barnstorf wurde bereits von 2006 bis 2009 im Rahmen des Forschungsprojektes zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement (REFINA) durchgeführt. Ziel des Projektes war die Entwicklung eines partizipativen Bewertungs- und Entscheidungsverfahrens für ein nachhaltiges Flächenmanagement im ländlichen Raum am Beispiel von Konversionsflächen in ausgewählten Kommunen.

Partizipation von Schüler*innen (ab 14 Jahren) und jungen Erwachsenen

Die Beteiligung von jungen Erwachsenen und Schüler*innen im Rahmen des Forschungsvorhabens LAZIK N^{2030} war für die Samtgemeinde Barnstorf neu.

Im Rahmen des Vorhabens wurden Projekteinheiten in der ortsansässigen Oberschule durchgeführt. Schnell wurde deutlich, dass ausgewählten Zielkonflikte der Nachhaltigkeit nicht mit den Interessen der Jugendlichen übereinstimmen. Aufgrund dessen wurde auch mit den Schüler*innen ein Zielkonflikt der Nachhaltigkeit erarbeitet, der sich an ihrer Lebenswelt orientierte. Darüber hinaus wurde insbesondere in Diskussionsrunden mit dem Samtgemeindebürgermeister das vielfältige Interesse der Schüler*innen an ihrer Samtgemeinde deutlich.

Aufgrund der Interessen der Schüler*innen wurde unter Einbeziehung von Schule, Verwaltung und Politik die AG „Political Youth Barnstorf (PYB)“ initiiert. Ziel der AG ist es, Bewusstsein für politische Mitbestimmung der Jugendlichen zu schaffen. Dabei ist den Jugendlichen ein nachhaltiges und langfristiges Handeln sehr wichtig. Ein langfristiges Interesse für Jugendliche soll geweckt werden.
Zudem sind die Schüler*innen der Auffassung, dass zu wenig über Kommunalpolitik unterrichtet wird (politische Bildung auf kommunaler Ebene, u. a. wie wird kommunal gewählt).
Für die AG wählten die Schüler*innen die Themen Treffpunkte, Mobilität im Dorf und Umwelt zu ihren Schwerpunkten.

Nach einer ersten Präsentation der Ergebnisse der Schüler*innen im Rahmen einer Kick-off Veranstaltung zwischen Schule und Politik wurde deutlich, dass ein regelmäßiger Dialog zwischen Schule und Politik von beiden Seiten für die Zukunft gewünscht wird.

Partizipation zur Fortschreibung des Leitbildes der Samtgemeinde Barnstorf

Das Leitbild der Samtgemeinde Barnstorf stammt aus dem Jahr 2009. Im Rahmen des Vorhabens wurde deutlich, dass sich die Einwohner*innen eine Fortschreibung des Leitbildes unter ihrer Beteiligung wünschen. Das Leitbild der Samtgemeinde Barnstorf wird nicht mehr den Anforderungen für ein zukünftiges Handeln gerecht.

Eine Aktualisierung wurde entsprechend notwendig, um aktuelle Erkenntnisse aus den Beteiligungsworkshops und den Projekttagen der örtlichen Oberschule einfließen zu lassen und damit auch die zukünftige Entscheidungsfindung im Rahmen des Forschungsvorhabens zu gewährleisten. Darüber hinaus ist die Aktualisierung notwendig, um auf Entwicklungen der Samtgemeinde Barnstorf aufbauen zu können sowie auf aktuelle Herausforderungen in der Gesellschaft bestmöglich vorbereitet zu sein.

In zwei Workshops wurde mit Politik, Verwaltung und Einwohner*innenschaft das Leitbild an neue Erfordernisse angepasst. Während des ersten Workshops wurden zentrale Themen für das neue Leitbild ausgewählt. Dazu wurden Inhalte des bestehenden Leitbildes vorgestellt.

Zudem wurden Ideen und Anregungen aufgenommen, die Schüler*innen und junge Erwachsene während der Zusammenarbeit bzgl. des Forschungsvorhabens erarbeitet haben. Das bestehende Leitbild wurde 2009 ohne Beteiligung der jungen Generation erarbeitet. Durch die Zusammenarbeit mit Schüler*innen und jungen Erwachsenen im Rahmen des Forschungsvorhabens wurde jedoch deutlich, dass diese Altersgruppen bei Partizipationsprozessen ebenfalls einzubeziehen sind.

Als zentrale Themen wurden die Themen Ökonomie, Ökologie, Soziales, Kultur und Partizipation herausgestellt.

Dazu erarbeiteten die Teilnehmenden für die Samtgemeinde Barnstorf aus ihrer Sicht relevante Aspekte, die im Verlaufe zu Leitsätzen formuliert wurden. Zum Thema Ökonomie wurden beispielsweise die Aspekte Fachkräfte sowie Aus- und Fortbildung genannt. Im Bereich der Ökologie wurden u.a. die Themen Einstellung zur Natur und Umwelt, Nachhaltige Landwirtschaft und CO^2-Neutralität diskutiert. Im Bereich der Partizipation wurden der gesellschaftliche Wandel und Machtverschie-bungen thematisiert. Die Teilnehmer*innen im Bereich Soziales beschäftigten sich mit den Themen Bildung, Alter und Pflege sowie Mobilität. Im Bereich Kultur wurden über Förderung von kulturellen Einrichtungen gesprochen sowie über Defizite u. a. im Bereich Musik und Soziokultur.

In einer weiteren Gruppenphase konnten die Teilnehmer*innen zu den zentralen Themen Punkte benennen, auf die sie stolz sind in ihrer Samtgemeinde (z. B. Umwandlung der Hülsmeyer-Kaserne, Bildungsangebote, Barnstorfer Umwelt- und Erlebniszentrum (BUEZ)), was sie bedauern (z. B. fehlende Nahversorgung in den kleineren Orten, Rückgang der Insekten, geringe ärztliche Versorgung, geringe Mobilität), was sie mit in die Zukunft nehmen wollen (z. B. Investitionen in den Klimaschutz, junge Menschen am Standort halten) und was sie ändern müssen (mehr Umweltbildung, Identifikation mit der Samtgemeine stärken).
Im Rahmen des zweiten Workshoptermins wurden die erarbeiteten Zwischenergebnisse zu den fünf zentralen Themen unter Berücksichtigung des bestehenden Leitbildes zu neuen Leitlinien formuliert.

Impuls

Bildung

„Bildung ist das A und O. Wenn ich nicht weiß, was Nachhaltigkeit ist, dann kann ich auch mein Handeln nicht darauf ausrichten.“

Vertreter*in einer Kommunalverwaltung

LAZIK N2030

Auf den Punkt gebracht

Doreen Scheffler und Carolin Schulz-Schwenker

Side Effects - Gelingensbedingungen von Jugendbeteiligung in Kommunen

Kurzzusammenfassung
Eine Kernaussage aus der Arbeit am Forschungsvorhaben LAZIK N^{2030} mit Schülerinnen und Schülern bildet die Basis von Gelingensbedingungen der Beteiligung junger Menschen in Kommunen ab: weder Nachhaltigkeit noch Kommunalpolitik sind als prüfungsrelevantes Wissen Bestandteil der Curricula in Sachsen-Anhalt und Niedersachsen.

Damit sind Jugendliche mit allen Fragen von Einflussnahme-Möglichkeiten in ihrem kommunalen Lebensumfeld nicht vertraut. Gleichzeitig ist das direkte Lebensumfeld aber genau das, was Jugendliche gestalten wollen.

Wenn in Kommunen Jugendpartizipation gefördert werden soll, muss man sich über Herausforderungen und Chancen, wie auch Stolpersteine klar werden.

Herausforderungen von Jugendbeteiligung in Sandersdorf-Brehna
Eine Befragung im Forschungsprojekt ergab, dass Unzufriedenheit mit der Kommune deutlich messbar ist. Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche sind nicht vollständig vorhanden, fehlende Mobilität ist ein großer jugendlicher Kritikpunkt, es gibt nicht genügend Treffpunkte für Jugendliche und ca. 80 % der Jugendlichen wollen die Kommunen verlassen.

Informationen über Stadtverwaltung und Kommunalpolitik erhalten die Jugendlichen über die Kommunikationskanäle der Stadtverwaltung nicht und auch nicht über die lokale Presse, wir mussten feststellen, dass die jugendlichen Einwohner*innen ganz andere Kanäle zur Kommunikation nutzt.

Jugendliche fühlen sich nicht eingebunden, gehen mit ihrer Kommune bisher keine Beziehung ein. Daher wurde im April 2018 ein Jugendbeirat gegründet, mit Rede- und Antragsrecht im Stadtrat und acht Mitgliedern. Dieser ist die politische Interessenvertretung der Jugend und soll jugendliche Perspektiven in städtische Entscheidungen einbringen.

Aufgrund fehlender schulischer Vorbildung fehlen zu Beginn der Gremienarbeit ganz konkrete Bildungsinhalte, die für die Jugendlichen zur Einflussnahme auf städtische Entscheidungen notwendig sind.

„Was sind Gremien?“
„Was sind Rechte und Pflichten eines Bürgermeisters/einer Bürgermeisterin, was von Stadträt*innen?“ „Welche Aufgaben werden in der Kommune bearbeitet, was auf Landkreis- bzw. anderen Handlungsebenen?“
„Was sind freiwillige, was sind Pflichtaufgaben?“
„Welche Bedeutung hat die Einwohner*innenzahl für den städtischen Haushalt?“
„Wie entsteht der Haushalt eigentlich?“

In den Aufbau von Beteiligungsstrukturen für die jugendliche Einwohner*innen ist also die Notwendigkeit von Bildungsprozessen mitzudenken.
Damit steigt der zeitliche und sächliche Aufwand der personellen Betreuung innerhalb der Kommunalverwaltung beträchtlich.

Im Zuge der Umsetzung und Begleitung hat sich somit herausgestellt, dass die reine Vor- und Nachbereitung von Sitzungen nicht ausreicht, um allen Seiten gleiche Informationen zur Verfügung zu stellen. Dies ist aber notwendig für gelingende Kommunikation über Generationengrenzen und macht gleichberechtigte Zusammenarbeit erst möglich.
Der Mitarbeiter/die Mitarbeiterin ist gleichzeitig die Schnittstelle des Jugendbeirates zwischen Verwaltung und Stadtrat, vernetzt, kooperiert, trägt Inhalte auf die Arbeitsebenen.

Das Projekt- und auch das Prozessmanagement der gesamten Arbeit des Beirates sind hier angelagert. Derzeit ist ein Zeitaufwand von 12 Wochenstunden dafür angelegt, das sollte auf jeden Fall berücksichtigt werden. Ohne vertrauensvolle und konstante Ansprechperson in der Kommune wird nur Scheinbeteiligung erreicht.
Jugendbeteiligung braucht aber unbedingt Verbindlichkeit.

Die Jugendlichen des Jugendbeirates der Stadt Sandersdorf-Brehna schildern, dass die unterschiedlichen Sozialräume im Stadtgebiet aufgrund fehlender Mobilität für Beteiligung eine große Herausforderung darstellen. Von den acht Mitgliedern wohnen sieben im räumlich zusammenhängenden Ballungsraum von zwei Ortsteilen, nur ein Mitglied wohnt in einem zehn km entfernten Ortsteil.

Der bürokratische Aufwand wird als sehr hoch beschrieben (der Jugendbeirat wird als Gremium mit Satzung und Geschäftsordnung geführt), Wahlbeteiligung und öffentliche Wahrnehmung aber (noch)als sehr niedrig. Außerdem wird Gehör und Interesse in der Zielgruppe der jugendlichen Einwohner*innenschaft vermisst und der Zeitaufwand sollte vorher realistisch eingeschätzt und bekannt sein.

Chancen von Jugendbeteiligung
Fest steht, dass wir uns ändern müssen, um die Komplexität von Herausforderungen bewältigen zu können.
Ohne dass alle Zielgruppen im Stadtgebiet beteiligt sein können, kann Kommunalpolitik nicht vollumfänglich verstanden werden (siehe Punkt Kommunikationskanäle und fehlende formale Bildung).
Um Herausforderungen und Verständnis, um gleiche Sichtweisen auf städtische Entwicklungsmöglichkeiten zu fördern, sind damit Teilhabestrukturen für den persönlichen Austausch unumgänglich.
Eine gerechte Stadtentwicklung braucht den Diskurs, braucht die Auseinandersetzung über Wertevorstellungen, ob analog oder digital.

Wir müssen uns darauf einigen können was gut bzw. günstiger ist und was schlecht bzw. ungünstiger ist, um eine gemeinsame Identität in der Stadt entwickeln zu können. Grundlage von in die Zukunft gerichteten kommenden Veränderungsprozessen ist denknotwendig die Beteiligung aller Einwohnerinnen und Einwohner. Natürlich gehören Kinder und Jugendliche dazu.

Doch nicht nur dieser Nachhaltigkeits-Gesichtspunkt sondern auch das verbriefte gesetzliche Recht, nach der UN-Kinderrechtskonvention und dem Kommunalverfassungssetz Sachsen-Anhalts für Kinder und Jugendliche mit zu entscheiden, was im Stadtgebiet passiert, bildet einen verbindlichen Rahmen für Kinder- und Jugendbeteiligung. Was fehlt ist die Finanzierung durch das Land, was fehlt ist Beteiligung als kommunale Pflichtaufgabe. Ohne dass diese beiden Voraussetzungen erfüllt sind, braucht es den unbedingten kommunalen politischen Willen, Paragrafen mit Leben zu füllen. Beteiligung braucht im Moment noch begünstigende Machtverhältnisse.

Die Jugendlichen des Jugendbeirates empfinden ihr Engagement als Stärkung der Demokratie und sie wollen der Jugend eine Stimme geben. Sandersdorf-Brehna soll zugunsten der Jugend verbessert werden. Sie sehen die Chance, die Stadt nachhaltig zu gestalten. Außerdem können sie viel Knowhow erlernen, lernen Dinge, die so in ihren normalen alltäglichen Abläufen nicht lernbar sind.

Was sind Stolpersteine?
Wie bei allen Aufgaben, so ist auch beim Thema Jugendbeteiligung die Bereitstellung personeller, sächlicher und finanzieller Ressourcen essentiell.

Weitere Möglichkeiten des Scheiterns bestehen darin, dass das Gremium sich als Team begreift. Gesucht ist zur Durchsetzung von jugendlichen Wünschen nicht der Einzelne sondern die Gruppe, die sich gegenseitig stützt und stärkt.

Teambuilding, Teambuilding, Teambuilding – und das sofort von Beginn an. Begreift sich der Jugendbeirat nicht als Team, sinkt die Motivation des Mitmachens, steigt die persönliche Überlastung der anderen Mitglieder, überzeugt man die Gegenüber nicht davon, sich doch auch einzubringen.

Die Kommunikation untereinander ist ein großer Stolperstein.
Der Blick nach innen, bevor der Blick nach außen geht, selbstbestimmte Ziele, die priorisiert abgearbeitet werden können – all das ist abhängig von den Persönlichkeitsmerkmalen der Mitglieder. Es gibt nicht das eine Rezept.

Der rechtliche Rahmen ist ein weiterer Stolperstein. In Gremien lernt man, wie viel Zeit die Lösung von Problemen brauchen kann. Jugendliche denken in sehr viel kürzeren Zeithorizonten, das Durchhalten fällt oft schwer.
Wichtig ist, auch kleine Erfolge miteinander zu feiern.

Auch Umstände von außen können hinderlich sein, wie z.B. Gruppen, die die Meinungen und Perspektiven der Jugendlichen für sich nutzen wollen. Hier wird ganz klar die gleiche Kommunikationsebene verlassen, die Jugendlichen werden im schlimmsten Fall manipuliert oder instrumentalisiert. Es gibt dafür bei Jugendlichen ein sehr feines Gespür.

Was hat sich in Sandersdorf-Brehna seit der Gründung des Jugendbeirates verändert?
Die Jugendlichen des Beirates meinen dazu:
Es gibt definitiv mehr Veranstaltungen für die Jugend. Die Jugend hat eine Stimme bekommen und das Thema Jugend wird viel öfter als vorher öffentlich diskutiert.

Der Jugendbeirat ist für mich:
„…Das Sprachrohr der Jugend und die Chance, die Stadt für die Jugend attraktiver zu gestalten**.“**
David Leiter Jugendbeiratsmitglied, 2.Vorstand

„.. eine wichtige Institution der Stadt, weil in der Stadt die Zukunft repräsentiert wird.“
Jan Sittig, Stadtratsmitglied

„…auf jeden Fall ein Standortmarketingfaktor. Sandersdorf-Brehna ist da im Punkt Jugendbeteiligung im Land vorn dabei.“
Tina Kretschmer, Wirtschaftsförderin

„ …..die Zukunftsperspektive der Stadt. Wir Erwachsene müssen zuhören und das Gehörte in unsere Entscheidungen einbeziehen. Die heute Jugendlichen verantworten das Ganze schließlich später.“
Andy Grabner, Bürgermeister

Herausforderungen von Jugendbeteiligung in Barnstorf
In der Samtgemeinde Barnstorf wurde an der örtlichen Oberschule im Rahmen des Forschungsvorhabens LAZIK N^{2030} eine Befragung durchgeführt zum Interesse, zum Engagement und zur Beteiligung von Jugendlichen an kommunalen Entscheidungsprozessen. Ziel war es, das Interesse der Jugendlichen bzgl. Kommunalpolitik, kommunalpolitischen Aktivtäten und einer stärkeren Vernetzung zwischen Schule und Kommunalpolitik zu ermitteln.

Kommunalpolitik im Unterricht
Kommunalpolitik im Unterricht zu behandeln finden die Jugendliche größtenteils wichtig. Hervorzuheben ist, dass 42,2 % der Jugendlichen, die im Rahmen des Forschungsvorhabens beteiligt waren, vermehrt Eindrücke über Kommunalpolitik vermittelt bekommen haben und weitere 37,8 % weitere Eindrücke gewonnen haben.
Jugendliche, die nicht am Forschungsvorhaben beteiligt waren, gaben an, dass sie sich mehr Einblicke wünschen.
Somit kann festgehalten werden, dass wenn bereits ein Austausch zwischen Jugendlichen, Verwaltung und Politik stattgefunden hat, das Interesse an einem weiteren Austausch seitens der Jugendlichen größer ist. Dieses Interesse sollte genutzt werden, um langfristige Strukturen aufzubauen. Zudem sollte es Ziel sein, Kommunalpolitik in den Lehrplänen zu verankern.

Themen der Jugendlichen

Die Zusammenarbeit mit den Jugendlichen zeigte, dass die Mitwirkung bei Themen, die sie betreffen und interessieren, deutlich höher war als bei den vorgegebenen Zielkonflikten.

Im Rahmen der Befragung wurden die Themen Mobilität, Anzahl an Freizeitmöglichkeiten, Verschmutzung, Anzahl an Einkaufsmöglichkeiten, Internetverbindung, Anbindung ÖPNV und Anzahl der Treffpunkte negativ bewertet.

Diese Themen orientieren sich an der Lebenswelt der Jugendlichen und sollten auch kommunalpolitisch mit Jugendlichen thematisiert werden.

Hierfür ist es notwendig einen regelmäßigen Austausch zwischen Jugendlichen, Schule, Politik und Verwaltung herzustellen.

Politische Mitwirkung von Jugendlichen

66,4 % der Jugendlichen haben noch nicht politisch mitgewirkt. Dies wird u. a. auf fehlende Zeit, fehlendes Interesse, auf das Gefühl, dass Politiker*innen Jugendliche nicht ernst nehmen oder auf das Gefühl, dass man sowieso nichts verändern kann, zurückgeführt.

29,1% der Jugendlichen haben bereits politisch mitgewirkt. Vorrangig wurde mitgewirkt, weil die Jugendlichen etwas verändern oder politisch für die Gemeinschaft mitwirken wollten, vorrangig Spaß daran hatten oder am Thema interessiert waren.

35,4 % haben noch keine Erfahrungen bei kommunalen / politischen Aktivitäten gesammelt.

Allerdings haben 16,4 % ein hohes Interesse sich zukünftig zu engagieren, 35,5 % haben ein mittelmäßiges Interesse und 24,8 % ein niedriges Interesse.

Anhand dieser Ergebnisse ist erkennbar, dass Jugendliche bisher wenig mitgewirkt haben, aber prinzipiell ein Interesse besteht, zukünftig mitzuwirken. Es gilt, diese Jugendliche abzuholen und insbesondere das schlechte Image, das sie sich nicht ernst genommen fühlen oder sowieso nichts verändern können, zu widerlegen.

Es wird deutlich, dass Politik und Verwaltung vor der Herausforderung stehen, Jugendliche für politische Themen, politische Aktivitäten und kommunale Entscheidungsprozesse zu begeistern und Interesse am Austausch mit der Kommunalpolitik zu wecken, sodass Jugendliche eingebunden werden und sich bestenfalls kommunalpolitisch engagieren. Hierdurch werden sicherlich Synergien- und Multiplikatoreffekt erzeugt.

Für die Gelingensbedingungen von Jugendbeteiligung in kommunalen und politischen Prozessen in der Samtgemeinde Barnstorf sollten Austauschforen auf Augenhöhe zwischen Jugendlichen, Schule, Politik und Verwaltung geschaffen werden. Es gilt jedoch, die Themen alters- und zielgruppengerecht aufzu-bereiten und entsprechend zu kommunizieren. Es geht darum, dass Jugendliche und Politik sich gegenseitig zuhören, miteinander kommunizieren und bestenfalls gemeinsam die Samtgemeinde gestalten. Dabei sollte jedoch offen kommuniziert werden, dass politische Entscheidungsprozesse nicht von heute auf morgen umgesetzt werden können und mit einem bürokratischen Aufwand verbunden sind.

Dadurch wird vermieden, dass falsche Illusionen bei den Jugendlichen geweckt werden. Ziel sollte die Schaffung und Verstetigung entsprechender Beteiligungsstrukturen für Jugendliche sein. Für den Aufbau von Beteiligungsstrukturen für Jugendliche ist es jedoch notwendig Bildungsprozesse mitzudenken.
Zudem ist zu beachten, dass Jugendliche andere Informationskanäle (Social Media) nutzen als Erwachsenen (lokale Presse).

Für den Aufbau und die Verstetigung von Beteiligungsstrukturen wird vorrangig Personal benötigt, das als Schnittstelle zwischen Jugendlichen, Schule, Politik und Verwaltung fungieren kann. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass die entsprechende Personalstelle als Ansprechperson der Jugendlichen dient und eine vertrauensvolle, bildungsgemäße und verbindliche Arbeitsebene mit den Jugendlichen herstellt.
Neben den unabdingbaren personellen Ressourcen sollten auch sächliche Ressourcen sowie finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit Jugendliche in Rücksprache mit Politik und Verwaltung auch kurzfristig kleinere Ideen und Maßnahmen umsetzen können. Messbare Erfolge sind für die Motivation der Jugendlichen unabdingbar.

Die Samtgemeinde Barnstorf hat mit der AG „Political Youth Barnstorf“ (PYB) in Kooperation mit der örtlichen Oberschule eine Plattform für den Austausch zwischen Schüler*innen und Politik errichtet. Hier geht es neben der Behandlung der Themen der Schüler*innen auch um die Vermittlung grundlegender kommunalpolitischer Aspekte (Wahlrecht, Rechte und Pflichten der politischen Gremien, Entscheidungsebenen, kommunale Pflichtaufgaben etc.).
Jugendliche aus anderen Schulen oder ältere Jugendliche sollten jedoch ebenfalls eine Plattform erhalten, um sich entsprechen beteiligen zu können.

Zum Weiterlesen:

Ergebnisse und Bildungsmaterialien, die im Vorhaben LAZIK N2030 entwickelt wurden, finden Sie unter: **www.nachhaltigkeit-toolbox.de**

Die Autorinnen sind von der Stadt Sandersdorf-Brehna und der Samtgemeinde Barnstorf:

Doreen Scheffler, Kommunikationswirtin, Projektkoordinatorin;
doreen.scheffler@sandersdorf-brehna.de

Carolin Schulz-Schwenker, Stadt- und Projektentwicklerin, M.A.; FB Bau- und Liegenschaften
carolin.schulz-schwenker@barnstorf.de

Die Bürgermeister der Stadt Sandersdorf-Brehna und der Samtgemeinde Barnstorf verantworten die Side-Effects als Entscheidungsträger:

Andy Grabner, Dipl.Verwaltungswirt, Bürgermeister
andy.grabner@sandersdorf-brehna.de

Jürgen Lübbers, Dipl. Verwaltungswirt, Samtgemeindebürgermeister
juergen.luebbers@barnstorf.de

Impuls

Zusammenarbeit

„Man muss das immer wiederholen, muss sich reflektieren gerade die Zusammenarbeit mit den anderen Akteuren.“

Vertreter*in Kommunalverwaltung

LAZIK N2030

Auf den Punkt gebracht

Randy Haubner und Christiane Meyer

„WIR in unserer Kommune!“ Jugendliche erforschen kommunale Zielkonflikte der Nachhaltigkeit

Der Kommunen- und Forschungsverbund von LAZIK N2030 (Lösungs-Ansätze Zielkonflikte für Nachhaltigkeit 2030) hat sich zum Ziel gesetzt, in einem partizipativen Prozess unter Beteiligung von Schüler*innen und ihren Lehrkräften, Bürger*innen sowie Expert*innen Lösungsansätze zur Bewältigung aktueller kommunaler Zielkonflikte zu entwickeln. Jugendliche wurden bislang noch viel zu wenig in kommunale Diskussionen zu einer nachhaltigen Entwicklung einbezogen. Laut der Shell Jugendstudie 2019 glauben Jugendliche zudem nicht, dass sich Politiker*innen darum kümmern, was sie denken. Die Forderungen vonseiten der Fridays for FutureBewegung an verschiedene Kommunen zeigen jedoch auf, dass es wichtig ist, ihre Perspektiven künftig verstärkt zu integrieren. Im Nationalen Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) kommt Schulen und Kommunen für die Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer 17 Nachhaltigkeitsziele eine besondere Verantwortung zu. Dabei wird explizit die Partizipation von Jugendlichen betont. Der schulische Thinktank im LAZIK N2030-Verbundprojekt ist somit ein Beitrag zur Umsetzung dieses Nationalen Aktionsplans. Aber wie können Jugendliche für die Dilemmatik der spezifischen kommunalen Zielkonflikte der Nachhaltigkeit sensibilisiert werden, um auf dieser Basis an der Entwicklung von Lösungsansätzen beteiligt zu werden? Im Folgenden werden methodische Zugänge des schulischen Thinktank aufgezeigt. (Zeichen: 1425)

Weitere Informationen in J. Abt, L. Blecken, S. Bock, J. Diringer & K. Fahrenkrug (Hrsg.): Von Beteiligung über Kooperation bis zur Koproduktion. Wiesbaden: Springer VS.

Rahmen: Schulischer Thinktank und kommunale Zielkonflikte

Für die Umsetzung des schulischen Thinktanks waren zunächst viele Abstimmungsgespräche mit den jeweiligen Schulleitungen, den beteiligten Lehrkräften sowie den kommunalen Vertreter*innen notwendig, um die Jugendlichen für die Entwicklung von Lösungsansätzen und kommunale Partizipation adäquat vorzubereiten. Da die Thematik der Zielkonflikte für Nachhaltigkeit komplex und somit zeitaufwändig zu vermitteln ist, war es wichtig, die landesspezifischen und verbindlichen Curricula anschlussfähiger Schulfächer zu analysieren, um die durchzuführenden Projekteinheiten didaktisch zu legitimieren. Was die zu beteiligenden Schüler*innen betraf, sollten diese mindestens ein Schuljahr in das Verbundprojekt eingebunden werden. Daher wurde in den Schulen der Kommunen jeweils mit der 9. Jahrgangsstufe gearbeitet. Im Verbund wurden zu Beginn des Projekts die kommunalen Zielkonflikte sehr intensiv diskutiert und analysiert. Grundsätzlich entstehen Konflikte, wenn unterschiedliche Ziele und Interessen auf Basis von Wertorientierungen, die jeweils in ihrer Priorisierung bestimmten Dimensionen der Nachhaltigkeit (Ökologie, Ökonomie, Soziales, Kultur, Politik) zuordenbar sind, aufeinanderprallen.
Im Falle von Zielkonflikten für Nachhaltigkeit ist zudem zu berücksichtigen, dass das Nachhaltigkeitsverständnis der jeweiligen Interessengruppen unterschiedlich ist. Tabelle 1 stellt die Zielkonflikte der beiden Kommunen im Überblick dar.

Tabelle 1: Die Zielkonflikte der Kommunen im Überblick

Kommune	Zielkonflikt 1	Zielkonflikt 2
Stadt Sandersdorf -Brehna	Kommunale KiTa -Plätze versus ausgeglichener kommunaler Finanzhaushalt	Nachhaltige Mobilität vers us kommunales Finanzbudget
Samtgemeinde Barnstorf	Ausbau Windkraftanlagen versus Flächenschutz/Lebens - und Wohnqualität	Wiederbesiedlung des Wolfes versus Sicherheit Mensch, Nutz - und Weidetiere

Beispiel Samtgemeinde Barnstorf, Zielkonflikt 1:

Lärm, Schattenschlag und Beleuchtung der Windkraftanlagen stören auf der einen Seite die Lebensqualität der Anwohnenden (Soziales).

Auf der anderen Seite gibt es (wirtschaftliche) Einzelinteressen von Grundstücksbesitzer*innen und Anlagen-betreiber*innen für den Ausbau von Windkraftanlagen in der Region (Ökonomie).

Letztlich gibt es aber auch auf der politischen Ebene in Verbindung mit Kultur einen Konflikt, denn nachhaltigkeitsgerechte Lebensstile (Kultur) sind mit einer Energiewende verbunden, die vonseiten der Bundes-regierung (Politik) angestrebt wird.

Für Windkraftanlagen braucht es jedoch Flächen. Dies steht im Konflikt zum Flächensparziel der Bundesregierung, wonach bis 2020 die tägliche Neuinanspruchnahme durch Siedlungs- und Verkehrsflächen bundesweit auf 30-Hektar gesenkt werden soll (Politik).

Der Erhalt natürlicher Ressourcen ist somit gefährdet (Ökologie). Auch in anderer Hinsicht formieren sich Widerstände: Umweltschützer*innen sehen das Tierwohl durch die Anlagen beeinträchtigt (Ökologie).

Methodische Zugänge zur Erschließung der Zielkonflikte

Verbunden mit dieser Herausforderung wurden die kommunal-spezifischen Zielkonflikte dahingehend analysiert, ob und inwie-weit sie die Lebenswelt der Schüler*innen berühren und die Jugendlichen motivieren könnten, sich aktiv an der Entwicklung von Lösungsansätzen zu beteiligen.

Zielkonflikt 1 in Sandersdorf-Brehna erschien vor diesem Hintergrund für die Lernenden nicht anschlussfähig und wurde daher nicht thematisiert.

Um die anderen Zielkonflikte den Schüler*innen zugänglich zu machen und sie für deren Dilemmatik zu sensibilisieren, wurden im schulischen Kontext Methoden forschenden Lernens (siehe unten) vorbereitet und durchgeführt. Dadurch wurden die Konflikte zur Sache der Jugendlichen und sie haben unterschied-liche Perspektiven auf die Konflikte kennen gelernt. Die Vorgehensweise musste aufgrund unterschiedlicher Rahmenbedingungen individuell an die Bedarfe der beteiligten Schulen angepasst werden. Es haben Klassenverbände teilgenommen oder Schüler-*innengruppen im Rahmen von Arbeitsgruppen (AGs). Die Methoden wurden an ein bis vier Projekttagen (jeweils ca. sechs Schulstunden) durchgeführt oder in den regelmäßig stattfinden-den AGs, bei denen die Methoden z.B. in Doppelstunden umgesetzt wurden.

Forschendes Lernen zeichnet sich dadurch aus, dass Schüler*innen selbstständig Fragestellungen entwickeln und diese mittels der Umsetzung der Methoden beantworten.

Folgende Methoden wurden umgesetzt:

Interviews mit Expert*innen:
Ein Expert*inneninterview ist ein Interview mit einer Person, die auf einem bestimmten Fachgebiet fundiertes Wissen hat.
Mit einem Interviewleitfaden haben Schüler*innen kommunale Vertreter*innen und regionale Expert*innen für die spezifischen Zielkonflikte befragt und konnten dadurch spezifische Einblicke gewinnen.

Passant*innen-Befragungen:
Bei einer Face-to-Face-Befragung kommt es zum direkten Kontakt zwischen dem/der Interviewer*in und der interviewten Person. Die Schüler*innen haben sich über selbst entwickelte Fragebögen die Meinungen und Positionierungen von Passant*innen (oder Mitschüler*innen) eingeholt.

Reflexive Fotografie:
Bei der Reflexiven Fotografie werden auf Basis bestimmter Fragestel-lungen Fotos gemacht. Anschließend wird ein aussagekräftiges Motiv heraus-gesucht und mit bestimmten Fragestellungen hinterfragt. Hierbei wird auch über die eigene Beziehung zum Thema, die sich im gewählten Motiv widerspiegelt, reflektiert. Durch die Reflexive Fotografie haben die Jugendlichen die eigene Umgebung mit Bezug auf die Zielkonflikte bewusster wahrgenommen und durch den Austausch über die gewählten Motive einen Einblick in die Raumwahrnehmungen und -konstruktionen von Mitschüler*innen erhalten.

Diskussion mit dem/der Bürgermeister*in:
Der persönliche Austausch zwischen Schüler*innen und politischen Vertreter*innen (insb. dem/der Bürgermeister*in) öffnet den Jugendlichen Türen, ihre Meinung zu sagen und auch Konfliktpotentiale in ihrer Kommune aufzudecken. Durch die Diskussionen mit dem Bürgermeister der jeweiligen Kommune konnte ein persönlicher Zugang zu aktuellen Themen in ihrer Kommune initiiert werden.

Im Zuge der Reflexion und Diskussion der vorgegebenen Ziel-konflikte der Nachhaltigkeit ergab sich u.a. aus motivationalen Gründen, dass die Berücksichtigung von eigenen Zielkonflikten der Jugendlichen notwendig war. In beiden Kommunen kristallisierte sich der Bedarf an nachhaltigen Treffpunkten für junge Menschen versus kommunales Finanzbudget als ein weiterer zu behandelnder Zielkonflikt heraus, der folglich in die weitere Diskussion mit aufgenommen wurde.

Abbildung 1: Austausch mit dem Bürgermeister in Barnstorf
(Foto: C. Meyer)

Bewertung der Methoden

Schüler*innen, die an den Projekteinheiten des Thinktanks beteiligt waren, haben am Ende des Projekts Fragebogen u.a. zur Evaluation der Methoden ausgefüllt. Die Ergebnisse zeigen, dass der direkte, persönliche Austausch zwischen kommunalen Vertreter*innen (insb. mit dem Bürgermeister) und den jungen Menschen in Form von Diskussionen (sehr) gut bewertet wurde. Handlungsorientierte und interaktive Methoden, v.a. die Reflexive Fotografie, haben ebenfalls eine gute Bewertung erhalten.

Im Rahmen von Interviews mit je zwei kommunalen Vertreter*innen und zwei schulischen Vertreter*innen pro Kommune waren sich alle Interviewpartner*innen einig, dass das Forschungsprojekt grundsätzlich wach- und aufgerüttelt habe. Die handlungsorientierten Methoden wurden als sehr anregend und geeignet befunden. Alle Interviewten gaben an, dass der „offene Austausch“ der beste Weg sei, um Inhalte zu vermitteln und eine Mitgestaltung anzuregen. Eine regelmäßig stattfindende Diskussion der Schüler*innen mit dem Bürgermeister wurde von den Lehrkräften gewünscht. Wichtig sei es aber auch, dass Themen und Zielkonflikte an die Lebensrealität und den Alltag der Jugendlichen anknüpfen, um das Interesse zu wecken und einen direkten Bezug zum Lebensumfeld herzustellen. Nachhaltigkeit, Zielkonflikte der Nachhaltigkeit und Kommunalpolitik allgemein sowie in den Kommunen wurden im schulischen Kontext bisher nur am Rande diskutiert. Alle Befragten waren sich einig, dass diese Themen wichtig seien und in Zukunft noch dringlicher würden und daher einer intensiveren schulischen Einbettung bedürfen.

Toolbox

Um die Erfahrungen, Erkenntnisse und Ergebnisse sichtbar zu machen und auch weiteren Akteuren zur Verfügung zu stellen, wurde das Vorgehen in einer Toolbox nachvollziehbar und durch entsprechende Produkte zur Nutzung durch Schulen und Kommunen aufbereitet (www.nachhaltigkeit-toolbox.de). Aus den Ergebnissen, Erfahrungen und Erkenntnissen des Thinktanks wurden hierfür 18 Materialien v.a. für Lehrkräfte erstellt.

Fazit

Methoden des forschenden Lernens sind geeignet, um das Interesse der Jugendlichen an virulenten Zielkonflikten in der eigenen Kommune zu wecken und für deren Problematik zu sensibilisieren sowie
auch Zielkonflikte des demographischen Wandels, welcher insb. die Situation in ländlichen Regionen betrifft, zu beleuchten. Für ein tiefergehendes Verständnis der Dilemmatik der kommunalen Zielkonflikte wäre es jedoch wichtig, Grundlagenwissen im Kontext von Nachhaltigkeit und Kommunalpolitik im Vorfeld zu vermitteln. Um eine stärkere Identifikation der Schüler*innen mit kommunalen Problemen zu erreichen, sollten diese jedoch verstärkt an die Lebenswelt der Jugendlichen anknüpfen. Dabei bietet sich z.B. das Thema der nachhaltigen Mobilität an. Insbesondere die Definition und Reflexion von „eigenen“ Zielkonflikten der Nachhaltigkeit sind motivationsfördernd und regen den Wunsch der Jugendlichen nach einem Austausch mit kommunalen Entscheidungsträger*innen bzw. einer kommunalpolitischen Beteiligung an aktuellen Diskussionen an. Ebenso sind die Begegnungen auf Augenhöhe sowie gegenseitiges Vertrauen wichtige Säulen, damit sich die Jugendlichen von kommunalen Politiker*innen ernst genommen fühlen. Hierfür war vor allem der Austausch mit dem Bürgermeister ein erster wichtiger Schritt.

Zum Weiterlesen:

BMFSFJ: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 2019. In gemeinsamer Verantwortung: Politik für, mit und von Jugend. Die Jugendstrategie der Bundesregierung. Berlin.

NAP: Nationale Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung c/o Bundesministerium für Bildung und Forschung, Hrsg. 2017. Nationaler Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung. Berlin.

Ergebnisse und Bildungsmaterialien, die im Vorhaben LAZIK N2030 entwickelt wurden, finden Sie unter: **www.nachhaltigkeit-toolbox.de**

Die Autorinnen sind von der Leibniz Universität Hannover, Institut für Didaktik der Naturwissenschaften – Didaktik der Geographie:

Randy Haubner,
Dipl. Geographin, wissenschaftliche Mitarbeiterin; Arbeitsschwerpunkte: Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)/Globales Lernen, nachhaltiger Konsum
haubner@idn.uni-hannover.de

Prof. Dr. Christiane Meyer,
Universitätsprofessorin
Arbeitsschwerpunkte: Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), Kulturbewusstsein, Werte-Bildung, transformative Bildung
meyer@idn.uni-hannover.de

Auf den Punkt gebracht

Randy Haubner und Christiane Meyer

WIR reden MIT!
Jugendliche beteiligen sich an einer nachhaltigen Entwicklung in ihrer Kommune

In Deutschland leben derzeit 14 Millionen junge Menschen zwischen 12 und 27 Jahren (BMFSFJ 2019). Das sind 17 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die jungen Menschen sind vielseitig wie die Gesellschaft, in der sie leben. Junge Menschen für politische Aktivitäten im kommunalen Kontext zu motivieren, ist jedoch eine Herausforderung. Die mangelnde Beteiligung von Jugendlichen ist auf Faktoren wie fehlendes Vertrauen und Politikverdrossenheit sowie nicht anschlussfähige kommunalpolitische Themen zurückzuführen. Demokratie und Nachhaltigkeit brauchen aber Jugendbeteiligung. Eine besondere Bedeutung bei der Umsetzung von Jugendbeteiligung kommt der Kommune zu. Sie ist den Bürger*innen von allen politischen Ebenen am nächsten und somit für viele Jugendliche ein Lernort der Demokratie. Die in 2020 verabschiedete Jugendstrategie der Bundesregierung (BMFSFJ 2019) benennt ebenfalls neun Handlungsfelder, um eine Beteiligung von jungen Menschen zu initiieren.

Im schulischen Thinktank des Verbundprojekts LAZIK N2030 waren neben der Sensibilisierung junger Menschen für Zielkonflikte der Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene mit Methoden des forschenden Lernens (siehe Artikel „WIR in unserer Kommune!“) weitere Fragestellungen leitend: Wie kann eine Partizipation der Jugendlichen an Lösungsansätzen für kommunale Zielkonflikte umgesetzt werden? Wie kann eine Beteiligung von Jugendlichen an kommunalen Entscheidungsprozessen verstetigt werden?

Weitere Informationen in J. Abt, L. Blecken, S. Bock, J. Diringer & K. Fahrenkrug (Hrsg.): Von Beteiligung über Kooperation bis zur Koproduktion. Wiesbaden: Springer VS.

Zusammenfassende Ergebnisse der Erhebungen im Kontext der Fragestellungen

Im Rahmen des schulischen Thinktanks im Verbundprojekt LAZIK N2030 wurden nach den Projekteinheiten in den Schulen leitfadengestützte Interviews mit je zwei kommunalen Vertreter-*innen und je zwei beteiligten Lehrkräften in den Schulen beider Kommunen durchgeführt. Ziel war es, die Methoden wie auch die Projektmaßnahmen im schulischen Kontext zu evaluieren sowie die Perspektiven für eine mögliche Weiterführung und Verstetigung der Kooperation Schule und Kommune zu eruieren. Aus den Ergebnissen der Interviews sowie aus den Erfahrungen und Erkenntnissen, die im Laufe der Projektdurchführung gewonnen wurden, konnten Empfehlungen für die Initiierung und Verstetigung einer Zusammenarbeit zwischen Kommune und Schule abgeleitet werden.

Wie kann eine Partizipation der Jugendlichen an Lösungsansätzen für kommunale Zielkonflikte umgesetzt werden?

Nachdem die Schüler*innen für die Zielkonflikte der Nachhaltigkeit mit Methoden des forschenden Lernens sensibilisiert und über mögliche Szenarien in ihrer Kommunen diskutiert haben, wurde in jeder Kommune ein Thesen- und Forderungspapier von den jungen Menschen entwickelt, um es in einer Ratssitzung zu präsentieren und offiziell (sowie von allen beteiligten Jugendlichen signiert) an die politisch Verantwortlichen zu überreichen. Ein solches Papier ist ein wichtiges Vehikel für die Partizipation der Jugendlichen. Dadurch bekommen ihre Anliegen eine gewisse Verbindlichkeit und ihnen wird durch diesen Akt auf Augenhöhe begegnet. Auch können durch eine solche politische (Selbst-)Wirksamkeitserfahrung zuvor nicht politisch interessierte Jugendliche motiviert und überzeugt werden. Grundsätzlich ist den Jugendlichen aber auch zu vermitteln, dass politische Entscheidungsprozesse langwierig sind, so dass schnelle Antworten z.B. auf ihre Lösungsansätze nicht möglich sind. In diesem Zusammenhang ist es zudem wichtig, den Jugendlichen Grundlagenwissen zu kommunalpolitischen Abläufen zu vermitteln, damit ihnen die zeitlichen Dimensionen von Entscheidungsprozessen bewusst werden. Es muss somit aufgepasst werden, dass keine Politikverdrossenheit aufkeimt, wenn die jungen Menschen viele Ideen haben, davon jedoch nur wenige politisch realisierbar sind. Daher ist es wichtig, frühzeitig darauf hinzuweisen, dass u.U. nur vereinzelt Vorschläge vonseiten der Jugendlichen aufgenommen und realisiert werden können.

Wie kann eine Beteiligung von Jugendlichen an kommunalen Entscheidungsprozessen verstetigt werden?
In den Interviews mit kommunalen und schulischen Vertreter*innen wurde der positive Mehrwert der Zusammenarbeit zwischen Schule und Kommune (und Wissenschaft) von allen Befragten herausgestellt. Weiterhin wurde erkannt, dass die Jugend eine Stimme hat und braucht, diese aber auch an entsprechenden (entscheidungsrelevanten) Stellen gehört werden muss. Als Maßnahme der Verstetigung sollte ein regelmäßiger Austausch mit dem/der Bürgermeister*in, mit einem/einer politischen Entscheidungsträger*in oder Verantwortlichen in Fachausschüssen stattfinden.

Es braucht Vertrauen, Verlässlichkeit und Verbindlichkeit unter und zwischen allen Beteiligten. Nur so kann eine Beteiligung auf Augenhöhe initiiert und gegenseitiges Vertrauen aufgebaut werden. Darüber hinaus sollten über entsprechende Kommunikationskanäle (wie Social Media) und zielgruppengerechte Beteiligungsformate junge Menschen für eine außerschulische kommunalpolitische Partizipation motiviert werden. Auch die Ergebnisse der Shell-Studie 2019 weisen in diese Richtung.

Erkenntnisse und Empfehlungen auf einen Blick

Ziel des schulischen Thinktanks ist eine Verstetigung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Kommune. Eine Kooperationsvereinbarung, die von beiden Seiten unterzeichnet wird, ist sinnvoll, um verbindlich bestimmte Maßnahmen schriftlich festzuhalten.

Maßnahmen Schule:
Es wird eine schulische Ansprechperson für die Zusammenarbeit nebst Stellvertretung identifiziert. Es werden regelmäßig, mindestens einmal jährlich, Projektwochen/-tage zu kommunalpolitischen Themen veranstaltet. Die Kooperation wird strukturell verankert, z.B. durch Austausch zwischen den Kooperationspartner*innen im Rahmen von Unterricht, in Form von AGs, im Rahmen von Schüler*innenVertretungen etc.

Maßnahmen Kommune:
Es wird eine kommunale Ansprechperson für die Zusammenarbeit nebst Stellvertretung identifiziert. Es wird regelmäßig, mindestens zweimal jährlich, ein persönlicher Austausch mit Schüler*innen ermöglicht, z.B. in Form von außerschulischen Diskussionen, Teilnahme an Ratssitzungen, um eine Partizipation von Jugendlichen zu ermöglichen.
Es werden zielgruppengerechte Kommunikationskanäle geschaffen.
Es werden zielgruppengerechte und anschlussfähige Themen im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung in die kommunalen Diskussionen aufgenommen, z.B. nachhaltige Mobilität, Treffpunkte für Jugendliche, Forderungen von Fridays for Future bzw. von Jugendlichen im Kontext des Klimawandels. Schüler*innen werden mit ihren Anliegen ernst genommen.
Außerdem ist es notwendig, auf weiteren Ebenen Partizipationsmöglichkeiten für junge Menschen in der Kommune zu schaffen und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) sowohl im schulischen als auch im kommunalen Kontext zu initiieren bzw. zu erweitern (vgl. NAP 2017).

Empfehlungen für Maßnahmen auf Landesebene:
Es findet eine Verankerung von kommunalpolitischen Themen und Nachhaltigkeitsaspekten in den schulischen Curricula der Fächer statt. Es werden entsprechende Lehr-Lern-Materialien zur Verfügung gestellt.
Es wird eine finanzielle Unterstützung bei der Initiierung und Umsetzung von schulischen Projektvorhaben im Kontext von BNE offeriert. Es wird eine finanzielle Unterstützung externer Partner*innen zur Begleitung der Projektvorhaben in Schulen offeriert. Eine Verankerung von kommunalpolitischen Themen und Nachhaltigkeitsaspekten in der Aus- und Weiterbildung von pädagogischen Fachkräften wird durch entsprechende Erlasse implementiert.

Fazit

Mit Blick auf die Ziele des Nationalen Aktionsplans (NAP 2017) ist zu konstatieren, dass eine „citizenship in action“ sowohl auf schulischer Ebene als auch auf kommunaler Ebene noch nicht angemessen verankert ist. Relevante Akteur*innen kooperieren nicht ausreichend, um eine Transformation in den Kommunen zu initiieren und umzusetzen. Um eine Kooperation hin zu einer Partizipation zu ermöglichen und aktiv zu gestalten, sollten Ansprechpersonen in allen Bereichen (Schule, Jugend, Kommune) identifiziert, zielgruppengerechte Kommunikationskanäle geschaffen und didaktisches Material bereitgestellt werden (siehe Materialien in der Toolbox). Eine strukturelle Verankerung kann nur dann erfolgreich gestaltet werden, wenn alle Akteure sich verstanden, mitgenommen und gleichberechtigt nebeneinanderstehend sehen. Der Aufbau und die Umsetzung eines schulischen Thinktanks bietet Schüler*innen die Möglichkeit, von schulischer Seite unterstützt kommunalpolitisch aktiv zu werden. Eine enge Kooperation zwischen den kommunalpolitischen und schulischen Akteuren sowie der regelmäßige Austausch der Dialoggruppen sind somit wichtige Maßnahmen, um die Weichen zu einer echten Zusammenarbeit zwischen jungen Menschen und kommunalen Vertreter*innen zu stellen.

WIR reden MIT.
Jugendliche an kommunalen Entscheidungsprozessen für eine nachhaltige Entwicklung einzubinden, ist eine Chance für eine transformative Bildung im schulischen Kontext. Darüber hinaus gilt es, Andockstellen für Jugendliche in den Kommunen einzurichten, sodass Forderungen nicht nur wahrgenommen, sondern auch umgesetzt werden können. Hierfür ist es wichtig, Strukturen aufzubauen oder bereits bestehende Strukturen, wie z.B. einen Jugendbeirat oder ein Jugendparlament, zu nutzen. Die aktuelle Jugendstrategie der Bundesregierung (BMFSFJ 2019) bietet Orientierung und Legitimation, um den schulischen Thinktank und Möglichkeiten der Verstetigung einer Kooperation zwischen Schulen und Kommunen auch andernorts zu realisieren.

Zum Weiterlesen: BMFSFJ: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 2019.
In gemeinsamer Verantwortung: Politik für, mit und von Jugend. Die Jugendstrategie der Bundesregierung. Berlin. NAP: Nationale Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung c/o Bundesministerium für Bildung und Forschung, Hrsg. 2017. Nationaler Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung. Berlin.

Ergebnisse und Bildungsmaterialien, die im Vorhaben LAZIK N2030 entwickelt wurden, finden Sie unter: www.nachhaltigkeit-toolbox.de

Impuls

Kooperation

„Besonders demokratische Bildung ist wichtig, Schüler*innen müssen lernen, sich ihre Wahlentscheidung selbst zu erarbeiten und dann aktiv an Wahlen teilzunehmen. Deshalb ist die Kooperation mit Schulen enorm wichtig.“

Vertreter*in einer Kommunalverwaltung

LAZIK N2030

Auf den Punkt gebracht

Birgit Böhm, Linda Böhm, Fabian Böttcher, Frauke Richter, Dr. Christiane Sell-Greiser

„Raus aus dem Dilemma!“ - Kommunen entwickeln Lösungsansätze für Zielkonflikte der Nachhaltigkeit

Kurzfassung

Kommunen befinden sich häufig in einem Dilemma. Sie bewegen sich in einem komplexen Geflecht aus Vorschriften und Zielvorgaben unterschiedlicher politischer Ebenen. Nationale, regionale und eigens gesetzte lokale Ziele für eine nachhaltige Entwicklung sind durch die kommunale Politik und Verwaltung umzusetzen.

Auch internationale Ziele übergeordneter Strategien, wie z.B. die von den Vereinten Nationen im Rahmen der Agenda 2030 formulierten 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung spielen eine wichtige Rolle. Nicht immer stehen diese Ziele (auch über die verschiedenen Ebenen hinweg) in Einklang miteinander. Dies erschwert die gleichwertige Realisierung der Ziele für die Kommune - Zielkonflikte der Nachhaltigkeit treten auf.

Die Auseinandersetzung mit Zielkonflikten der Nachhaltigkeit und die Suche nach Lösungsansätzen auf kommunaler Ebene sind von hoher Relevanz, um die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu wahren und die nachhaltige Entwicklung zu sichern. Der Forschungsverbund LAZIK N^{2030} (LösungsAnsätze Zielkonflikte für Nachhaltigkeit 2030) entwickelte und erprobte in einem partizipativen Prozess unter Beteiligung von Bürger*innen (insb. Jugendlichen / Schüler*-innen), Politik- und Verwaltungsvertreter*innen sowie Expert*-innen verschiedene partizipative Entscheidungsfindungs-methoden, die zur Lösungsfindung aktueller Zielkonflikte der Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene beitragen sollen.

Dieser Beitrag vermittelt ein grundlegendes Verständnis von Zielkonflikten der Nachhaltigkeit sowie erste praxisbezogene Methoden zum Erkennen und Bearbeiten von Zielkonflikten der Nachhaltigkeit im kommunalen Kontext.

Was sind Zielkonflikte der Nachhaltigkeit?

Ein Zielkonflikt liegt vor, wenn die Entscheidung für die Erfüllung eines Zieles die Erfüllung eines anderen Zieles behindert oder Ziele miteinander konkurrieren. Es entsteht ein Dilemma.
Diese Betrachtung betrifft auch Zielsetzungen der nachhaltigen Entwicklung. Strategien für eine nachhaltige Entwicklung von der internationalen bis zur lokalen Ebene müssen nicht zwangsläufig miteinander in Einklang stehen. Die Vielschichtigkeit und der hohe Vernetzungsgrad, der durch die Ziele angesprochenen Themenbereiche, können auch innerhalb der jeweiligen Nachhaltigkeitsstrategie Zielkonflikte hervorrufen. Unterschiedliche Vorgaben und Richtlinien, die jeweils eine nachhaltige Entwicklung fokussieren, können sich gegenseitig behindern oder gar ausschließen. In der Folge können Zielkonflikte der Nachhaltigkeit auftreten.

Zielkonflikte der Nachhaltigkeit können alle Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung betreffen (Ökologie, Ökonomie, Soziales, Kultur) und in Abhängigkeit der jeweiligen kommunalen Gegebenheiten in unterschiedlicher Form auftreten.

Im Forschungsvorhaben LAZIK N^{2030} wurden in der niedersächsischen Samtgemeinde Barnstorf und der Stadt Sandersdorf-Brehna in Sachsen-Anhalt anhand von jeweils zwei Zielkonflikten der Nachhaltigkeit Methoden zum Erkennen und Bearbeiten dieser Zielkonflikte entwickelt.

In Sandersdorf-Brehna wurden Lösungsansätze u.a. für den Zielkonflikt *Kommunale KiTa-Plätze versus ausgeglichener kommunaler Finanzhaushalt* gesucht.

Die Kernfrage des Zielkonfliktes lautet:
Wie kann der weitere Ausbau der sozialen Infrastruktur, insbesondere von Kindertagesstätten als kommunale Pflichtaufgabe, vor dem Hintergrund eines nachhaltigen Finanzhaushaltes, organisiert werden?

Dieser Zielkonflikt der Nachhaltigkeit entsteht insbesondere durch die vermeintliche Unvereinbarkeit folgender sozialer und ökonomischer Aspekte:

Sozial		Ökonomisch
Gerechte Bildungszugänge sowie durchlässige Bildungsübergänge (soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit)	vs.	Entlastung der Eltern bei den Beitragszahlungen der Kinderbetreuung führt zu Defizit im städtischen Finanzhaushalt
Betrieb der Kindertagesstätten ausschließlich durch kommunale Träger zur Gewährleistung der Bereitstellung von Betreuungsplätzen in einer vergleichbaren hohen Qualität für alle Kinder sowie zur Erfüllung des Anspruchs auf wohnortnahe und bedarfsgerechte Kinderbetreuung (Vereinbarkeit von Familie und Beruf)	vs.	Höhere Kosten der kommunalen Trägerschaft Kindertagesstätten im Vergleich zur freien Trägerschaft
Vermeidung finanzieller Verschuldung der Kommune im Sinne der Generationengerechtigkeit, da diese die Handlungsmöglichkeiten jetziger sowie zukünftiger Generationen einschränkt	vs.	Unzureichende Finanzzuweisungen des Landes Sachsen-Anhalt, auf Basis von ungenügend genauen Bevölkerungsprognosen, und des Landkreises Bitterfeld an die Stadt Sandersdorf-Brehna, um laufende Kosten der Bildung und Betreuung zu decken
Kindertagesstätten sind in Sandersdorf-Brehna derzeit zu 100% ausgelastet. Die Nachfrage nach Plätzen übersteigt das Angebot	vs.	Bauliche Erweiterung der Kindertagesstätten zu Schaffung von mehr Plätzen ökonomisch nicht sinnvoll, da ab dem Jahr 2025 aufgrund der zu erwartenden Geburtenrückgänge mit rückläufiger Nachfrage nach Betreuungsplätze zu rechnen ist

Innerhalb eines Zielkonfliktes steht nicht lediglich Aspekt A gegen Aspekt B. Viele weitere Aspekte, die miteinander in Beziehung stehen und teilweise durch wieder weitere Aspekte beeinflusst werden, charakterisieren diesen Zielkonflikt der Nachhaltigkeit. Z. B. beim Bau von Kitas der Flächenschutzaspekt. Aus diesem Grunde sollten die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung und die Lösung entspre-chender Zielkonflikte der Nachhaltigkeit aus einer ganzheitlichen Perspektive betrachtet werden.

Die Verantwortung der Umsetzung von Strategien und Maßnahmen für nachhaltige Entwicklung, d.h. der Umgang mit Zielkonflikten der Nachhaltigkeit liegt in Deutschland häufig bei den Kommunen. Vor Ort stellen sich folgende Fragen:
Aus welchen Zielen und Vorgaben resultiert der Zielkonflikt der Nachhaltigkeit in meiner Kommune? Welche verschiedenen Perspektiven auf den Zielkonflikt der Nachhaltigkeit sind in meiner Kommune vorhanden? Wer sind die Betroffenen? Wie können umsetzbare und breit akzeptierte Lösungsansätze identifiziert werden und wie lassen sich diese in meiner Kommune umsetzen?

Die im Forschungsvorhaben LAZIK N^{2030} erprobten Methoden zum Erkennen und Bearbeiten von Zielkonflikten der Nachhaltigkeit sollen Kommunen dabei unterstützen, Antworten auf die genannten Fragen zu finden, um zu einer nachhaltigen kommunalen Entwicklung beizutragen.

Methoden zum Erkennen und Bearbeiten von Zielkonflikten der Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene

Kernelement der nachfolgend skizzierten Methoden ist die Beteiligung unterschiedlicher Akteur*innen und Akteursgruppen, um eine möglichst umfassende Perspektive auf den Zielkonflikt der Nachhaltigkeit einzufangen und eine breite Palette an praxistauglichen Lösungsansätzen zu identifizieren. Die Methoden sollen Kommunen als Handlungsleitfaden und Impuls dienen, einen eigenen Prozess zur Identifizierung von Lösungsansätzen für Zielkonflikte der Nachhaltigkeit anzustoßen. Folgende Auswahl an Methoden ist für das Erkennen und Bearbeiten von Zielkonflikten der Nachhaltigkeit einsetzbar:

*Explorative Gespräche mit Mitarbeiter*innen der Verwaltung*: Um den Zielkonflikt zu identifizieren und zu definieren, sind Informationen notwendig. Informationen und Wissen zu den Zielkonflikten der Nachhaltigkeit liegen i.d.R. in der Kommunalverwaltung und den betroffenen Fachbereichen bzw. Dezernaten vor. Das Wissen der Verwaltungsmitarbeiter*innen ist eine zentrale Informationsquelle, um möglichst alle Facetten des Zielkonfliktes der Nachhaltigkeit zu erfassen.
Aus den Gesprächen können wesentliche Hemmnisse und Ursachen sowie erste Hinweise zur Lösung des Zielkonfliktes der Nachhaltigkeit abgeleitet werden. Um dieses Wissen verfügbar und nutzbar zu machen, bieten sich v. a. Gespräche bzw. Interviews an.

Aus den explorativen Gesprächen mit den Verwaltungsmitarbeiter*innen konnten im Rahmen von LAZIK N^{2030} zentrale Hemmnisse und Ursachen zu den thematisierten Zielkonflikten der Nachhaltigkeit abgeleitet werden, die für die weitere Bearbeitung hilfreich waren. Zudem wurde deutlich, dass auf kommunaler Ebene viele Informationen vorliegen, aber oft eine Plattform fehlt um diese zusammen zu bringen.

Identifizierung von Zielgruppen:
Die vom Zielkonflikt der Nachhaltigkeit betroffenen Akteur*innen in die Erarbeitung der Lösungsansätze einzubinden, ist zentral für das Verständnis und die Akzeptanz von möglichen Lösungen. Um herauszufinden, wie welche Akteur*innen in den Prozess eingebunden werden können, ist eine Identifizierung von Zielgruppen im Vorfeld der Beteiligungsphase notwendig. Ziel ist es herauszufinden, welche Akteur*innen für die Beteiligung am Prozess der Lösungsfindung des Zielkonfliktes der Nachhaltigkeit relevant sind.
Im Forschungsvorhaben LAZIK N^{2030} wurden drei zentrale Zielgruppen identifiziert, die in den Prozess der Bearbeitung der Zielkonflikte einbezogen wurden:

Verwaltung und Politik als diejenigen, die entscheiden
Stakeholder als diejenigen, die durch den Zielkonflikt betroffen oder für dessen Lösung besonders aktiv sind
Jugendliche als diejenigen, die mit heute getroffenen Entscheidungen und deren Folgen in Zukunft leben werden

Beteiligungsworkshops:
Mit Beteiligungsworkshops kann die Sicht der Zielgruppen auf den Zielkonflikt eingebunden und entsprechende Ideen für Lösungsansätze gesammelt werden. Die Beteiligungsworkshops dienen dazu, einen möglichst großen Querschnitt der Bevölkerung in die Lösungsentwicklung der Zielkonflikte der Nachhaltigkeit einzubinden, um ein breites Spektrum an Sichtweisen und Lösungsideen zu erhalten und um das Verständnis für die Komplexität der Zielkonflikte der Nachhaltigkeit in der Bevölkerung zu stärken.

Im Forschungsvorhaben LAZIK N^{2030} zeigte sich deutlich, dass Partizipation der Einwohner*innen und der Dialog mit- und untereinander grundlegende Voraussetzung für die Qualität und nachhaltige Wirkung von Lösungsansätzen sind. Der Dialog führt zum gegenseitigen Austausch von Meinungen und im optimalen Fall zu einem Verständnis für andere Sichtweisen auf den Zielkonflikt der Nachhaltigkeit und damit für ein erweitertes Verständnis der Komplexität der dilemmatischen Situation von Zielkonflikten der Nachhaltigkeit. Auch das Verständnis und die Sensibilisierung der Einwohner*innen für kommunale Entscheidungsprozesse und Themen der nachhaltigen Entwicklung sind wesentliche Bestandteile bei der Entwicklung breit akzeptierter Lösungsansätze.

In den weiteren Schritten zur Bearbeitung der Zielkonflikte der Nachhaltigkeit sind Methoden wie Szenarienentwicklung unter der Berücksichtigung von Megatrends, die Analyse von zentralen Einflussfaktoren, die auf die Entwicklung des Zielkonfliktes der Nachhaltigkeit wirken sowie die daran anknüpfende Auswahl besonders erfolgsversprechender Lösungsansätze und Entwicklung erster Umsetzungsschritte. Ein vollständiger Überblick der Methoden inkl. konkreter Hinweise zur Planung und Umsetzung findet sich in der im Forschungsvorhaben erarbeiteten Toolbox unter www.nachhaltigkeit-toolbox.de.

Bewertung der Methoden

Die dargestellten Methoden sind geeignet, einen Prozess zur Bearbeitung von Zielkonflikten der Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene anzustoßen und einen Beitrag zur Stärkung der nachhaltigen Entwicklung zu leisten. Die Methoden sind so konzipiert und aufbereitet, dass diese auf andere Kommunen übertragbar sind. Dennoch stellen die Methoden keine Musterlösung zur erfolgreichen Lösung von Zielkonflikten der Nachhaltigkeit dar. Das Vorgehen zur Lösung von Zielkonflikten hängt stark von der Ausgangssituation (v. a. dem vorhandenen Nachhaltigkeitsbewusstsein) in der jeweiligen Kommune ab. Eine Anpassung der Methoden an die spezifischen Gegebenheiten wird empfohlen.

Fazit

Einen Weg aus dem Dilemma der Kommunen zu finden, ist keine Selbstverständlichkeit. Die eine perfekte Lösung kann es auf Grund der dilemmatischen Situation durch Zielkonflikte nicht geben. Durch die Anwendung der beschriebenen Methoden (und weiterer, in diesem Beitrag nicht beschriebener Aktivitäten) wurden in den beiden Beispielkommen eine Entwicklung hin zu mehr Nachhaltigkeit angestoßen. Die Sensibilisierung für Themen der Nachhaltigkeit, die Auseinandersetzung mit komplexen Zielvorgaben und gesetzlichen Vorgaben sowie die Erzeugung eines Verständnisses für Abläufe der Kommunalpolitik und -verwaltung bei den beteiligten Akteur*innen sind zentrale Mehrwerte, die durch das beschriebene Vorgehen erzielt werden. In Sanderdorf-Brehna ist es bspw. gelungen, das Thema nachhaltige Entwicklung verstärkt in den Überlegungen und Denkweisen der Einwohner*innen, aber auch der Verwaltungsmitarbeiter*innen zu verankern.

Gelöst werden konnten die im Forschungsvorhaben LAZIK N[2030] thematisierten Zielkonflikte der Nachhaltigkeit nicht. Dennoch wurden wichtige Ansätze identifiziert.

Für den eingangs beschriebenen *Zielkonflikt Kommunale KiTa-Plätze versus ausgeglichener kommunaler Finanzhaushalt* wurden u.a. folgende Lösungsansätze identifiziert und diskutiert:

- Erhöhung der KiTa-Gebühren (gestaffelt nach Einkommenshöhe)
- Privatisierung der KiTas
- Reduzierung anderer freiwilliger kommunaler Aufgaben
- Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten
- Kooperationen mit Unternehmen in Sandersdorf-Brehna
- stärkere Kooperation der KiTas (z.B. ‚Springersystem' der Betreuungskräfte)

Ziel muss es nun sein, diese teilweise kontrovers diskutieren Lösungsansätze in einem nachgelagerten Prozess weiter zudenken, weiterzuentwickeln, evtl. mit einander zu verbinden und schlussendlich schrittweise umzusetzen.
Wichtig ist es, *ins Handeln zu kommen*.
Auch wenn geeignete Lösungsansätze gefunden werden, ist eine nachhaltige Umsetzung in den Kommunen eine herausfordernde Aufgabe. Die Komplexität der Problemlage sowie mangelnde zeitliche, personelle und finanzielle Ressourcen in den Kommunalverwaltungen und der Wissensstand in der Bevölkerung sind hierbei wohl die größten Hürden. Die Lösung der Zielkonflikte der Nachhaltigkeit gehört nicht zu den Pflichtaufgaben der Kommunen, weshalb die Ressourcenfrage prioritär ist. Daraus lässt sich ableiten, dass ein Umdenken bezogen auf die Priorisierung von Aufgaben in den Kommunen, das Handeln bezüglich themen- und handlungsfeldübergreifender Aufgaben dringend erforderlich ist, wenn die Transformation gelingen soll.

Zum Weiterlesen:

Ergebnisse und Bildungsmaterialien, die im Vorhaben LAZIK N2030 entwickelt wurden, finden Sie unter: **www.nachhaltigkeit-toolbox.de**

Die Autorinnen sind von der Universität Greifswald, Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeographie, vom Büro für nachhaltige Regionalplanung „mensch und region“ und von „Consultants Sell-Greiser“:

Frauke Richter, M.A., Geographin, wissenschaftliche Mitarbeiterin;
frauke.richter@uni-greifswald.de

Dr. Christiane Sell-Greiser, Inhaberin „Consultants Sell-Greiser“
info@sell-greiser-consultants.de

Birgit Böhm, Inhaberin „mensch und region“
boehm@mensch-und-region.de

Linda Böhm, M.A., Geographin, Teamleitung Kommunikation, „mensch und region“
linda.boehm@mensch-und-region.de

Fabian Böttcher, M.A., Geograph, Teamleitung Kreislaufwirtschaft, „mensch und region“
boettcher@mensch-und-region.de

Frauke Richter

Birgit Böhm * Christiane Sell-Greiser * Linda Böhm * Fabian Böttcher

LAZIK N2030

Der Forschungsverbund sagt Danke!

Wir bedanken uns für die vertrauensvolle und offene Zusammenarbeit ganz herzlich bei:

den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Sandersdorf-Brehna und der Samtgemeinde Barnstorf,
Frau Dr. Kristina Groß vom Projektträger Jülich,
den Mitarbeiter*innen vom Deutschen Institut für Urbanistik Berlin und Raum & Energie Wedel, unserer Prozessbegleiterin PD Dr. Sylvia Herrmann, dem Team der Stadtverwaltung der Stadt Sandersdorf-Brehna und der Samtgemeindeverwaltung Barnstorf, unseren Projektpartner*innen Frau Rudnik und Frau Chmilewski vom Europa-Gymnasium Bitterfeld-Wolfen, Herrn Keller von der Sekundarschule „Adolph-Diesterweg“ Roitzsch, Frau Blumberg, Frau Spatz, Herr Bosoanca, Frau Brüggemann, Frau Rauer und Frau Weißer von der „Christian-Hülsmeyer“ Schule in Barnstorf und natürlich allen unseren externen Expert*innen , die sich mit uns auf die Suche nach Lösungsansätzen für Zielkonflikte der Nachhaltigkeit begeben haben!

Wir haben viel von und sehr gerne mit Ihnen gelernt.

von links nach rechts hinten:
Carolin Schulz-Schwenker, Dr. Christiane Sell-Greiser, Jürgen Lübbers, Doreen Scheffler, Birgit Böhm, Prof. Daniel Schiller, Fabian Böttcher
von links nach rechts vorn:
Randy Haubner, Frauke Richter, Prof. Christiane Meyer, Linda Böhm, Andy Grabner

sandersdorfbrehna

SAMTGEMEINDE BARNSTORF

Leibniz Universität Hannover

UNIVERSITÄT GREIFSWALD
Wissen lockt. Seit 1456

mensch und region

CONSULTANTS SELL-GREISER GmbH & Co. KG
Technologie und Entwicklungsplanung